

Der Text befindet sich noch in Bearbeitung. Hinweise und Rückmeldungen bitte an die unten angegebene Adresse

Weltfinanzmarktkrise: Hintergründe, Wirkungsmechanismen, Perspektiven¹

Prof. Dr. Dr. F. J. Radermacher²

Die Welt steht vor einer historisch neuen Situation im Bezug auf die Verhältnisse an den Weltfinanzmärkten. Allein die Kreditvergabe durch die Federal Reserve Bank erhöhte sich um über 1,3 Billionen \$. Das Konjunkturprogramm der USA schlägt mit 800 Milliarden zu Buche. Der Wert aller Privatvermögen der US Bürger ist nominal um fast 10 Billionen \$, d. h. um 20 % gesunken. Die deutschen, staatlichen Kapitalhilfen und Garantien zur Stabilisierung der Hypo Real Estate betragen bereits mehr als 100 Milliarden Euro. Doch das Finanzsystem bleibt paralysiert. Und die Krise hat längst auf die Realökonomie übergreifen. Viele Menschen werden dabei unverschuldet zu Opfern von Prozessen, an denen sie keinen Anteil hatten und die sie nicht verstehen. Was und warum ist passiert, was passiert, was droht und was kommt als nächstes?

¹ Interner FAW/n Bericht, März 2009 / der Text nimmt Bezug auf einen Tandemtext „Die Subprime-Krise 2007/2008: Finanztechnische Modellierungsfragen und Grenzen der Modellierbarkeit“, der die finanzmathematische Seite der Subprimekrise analysiert und Zahlenbeispiele beinhaltet, November 2008.

² Prof. Dr. Dr. F. J. Radermacher, Vorstand des Forschungsinstituts für anwendungsorientierte Wissensverarbeitung/n (FAW/n), zugleich Professor für Informatik, Universität Ulm, Präsident des Bundesverbandes für Wirtschaftsförderung und Außenwirtschaft (BWA), Berlin, Vizepräsident des Ökosozialen Forum Europa, Wien sowie Mitglied des Club of Rome

Gliederung

I.	Was ist passiert?.....	3
(1)	Der lange Boom des leichten Geldes.....	3
(2)	Was ist überhaupt Geld?.....	4
II.	Die Krise – wo lagen die Ursachen?	9
(1)	Deregulierung und Finanzmarktinnovationen	9
(2)	Wie kam es zu der Krise?.....	11
(3)	Ist das Geld weg?	14
(4)	Die Entgrenzung des Finanzsektors – das Problem hinter den Problemen	17
III.	Zur Rolle des Staates	20
(1)	Die Staaten sind der letzte Anker.....	20
(2)	Leitlinien für Regierungshandeln in schwierigen Zeiten	23
(3)	Ökosoziale Marktwirtschaft als Zukunftschance.....	24
IV.	Was bringt die Zukunft?.....	28
(1)	Die Verschuldung der Staaten als das Hauptproblem	28
(2)	Hat die Durchsetzung einer adäquaten Besteuerung auf den globalen Märkten vom Volumen her das Potential, wesentlich zur Entschuldung der Staaten beizutragen? 32	
(3)	Hyperinflation oder Währungsschnitt	35
V.	Gibt es Hoffnung?	37
(1)	Unsere Chance – ökosozial statt marktradikal.....	37
(2)	Die G20 hat eine hohe Verantwortung	38
	Danksagung.....	39
	Literaturhinweise	40

I. Was ist passiert?

(1) Der lange Boom des leichten Geldes

Spätestens seit dem Fall der Mauer und den Umwälzungen in Osteuropa und der früheren Sowjetunion erlebt die Weltökonomie einen langen Boom. Wo liegen hierfür die Ursachen? Zunächst einmal öffnete sich ein lange Zeit abgeschotteter Teil der Welt den Märkten. Eigentumswerte wurden verfügbar, Humanpotenziale konnten aktiviert werden. Im Besonderen in der Ausdehnung nach Südostasien gab es preiswerte Arbeitskräfte en masse. Die moderne Informationstechnik machte weltumspannende Lösungen möglich, zugleich erlaubte diese Innovation massive Kostensenkungen. Ein gigantischer Kapitalbedarf rund um den Globus wartete auf Befriedigung. Und dies in aufholenden Ländern, für die Wachstumsraten bis zu 10 % pro Jahr aus systemischen Gründen, im Unterschied zu hoch entwickelten Volkswirtschaften, möglich sind (sogenanntes Leap frogging) [26, 30, 33]. Es war eine ideale Situation zur Steigerung der Rendite auf Eigenkapital und zur Ausweitung der Geldmenge ohne Gefahr inflationärer Tendenzen [56, 57, 58, 59]. Hieraus resultierte der eingangs erwähnte lange Boom, der alleine für China 20 Jahre Wachstumsraten von 10 und mehr Prozent bedeutet. Die Weltwirtschaft wuchs in dieser Zeit auf einem Durchschnittsniveau von 3 – 4 % pro Jahr.

Der Prozess warf auch Probleme auf. Die Globalisierung der Ökonomie bedeutete den Übergang des Ökonomischen in teilweise unregulierte Räume, Kinderarbeit, den massenhaften Transport von Gütern auch niedrigster Wertschöpfung rund um den Globus und die in der Folge der rasch zunehmenden Nutzung fossiler Rohstoffe erfolgende beschleunigte Aufheizung des Klimas. Operieren zu Lasten der Zukunft und zukünftiger Generationen erlaubte im heute und jetzt „Bonanza“-artige Verhältnisse. Von diesen Verhältnissen haben viele profitiert, manchmal in exorbitanter Weise: Fachleute in der reichen Welt, Arbeiter in den Schwellenländern und dann Berater und Investmentbanker, Politiker, Manager, junge Kreative, Macher.

Das Gesagte gilt allerdings nur in einer kurz- bzw. mittelfristigen Perspektive. Die prinzipiellen Bedrohungen der Zukunft der Menschheit, die mit einer rasch wachsenden Weltbevölkerung, der immer größer werdenden Schere zwischen Arm und Reich, dem Konflikt zwischen den großen Kulturen und der Klima- und Umweltkatastrophe zusammenhängen, haben in dieser Zeit an Brisanz gewonnen [33]. Das ist die Sicht des Club of Rome auf das Thema, das ist die Sicht des Ökosozialen Forums Europa und der Global Marshall Plan Initiative, die Sicht des Bundesverband für Wirtschaftsförderung und Außenwirtschaft (BWA) [5] und des Global Economic Networks. Das ist auch die Sicht des Autors.

Im ungünstigsten Fall drohen ökologischer Kollaps oder Brasilianisierung der Welt [3, 7, 30, 33, 35]. Beide Bedrohungen sind größer und von grundsätzlicherem Charakter als die aktuelle Weltfinanzmarktkrise, die eher ein „technisches Thema“ ist. Aber auch diese beinhaltet ein gewaltiges Potential, die Zukunft zu gefährden, z. B. im Sinne der Beschleunigung des Prozesses hin zu einer Brasilianisierung der Welt oder hin zu einem Kollaps. In diesem Sinne hat uns der lange Boom ein Stück näher in Richtung einer unangenehmen Zukunft gebracht. Auf der Negativseite des Booms stehen des Weiteren Opfer von Umweltkatastrophen und von Terror und Verlierer der Globalisierung, z. B. Hartz IV Empfänger in Deutschland sowie Umweltflüchtlinge in den ärmsten Ländern der Welt.

Der lange Aufwärtstrend war auch durch Merkwürdigkeiten gekennzeichnet, wie die New Economy-Blase [28, 47], große Betrugsdelikte und am Ende jetzt eine veritable Finanzkrise, aber zunächst einmal beherrschte der Boom die Wahrnehmung – ein Siegeszug des kapitalistischen Systems, ein Siegeszug von Privat Equity und Investmentbanking. Wie im „Aufzug“ ging es aufwärts: Verhältnisse, die für die Wirtschaft, die Politik, für Firmen, für viele Menschen attraktiv waren. Der 11.09.2001, der wie ein Schock einschlug, wurde durch eine Politik des leichten Geldes überwunden. Mit leicht verfügbarem Geld, mit immer mehr Kredit, mit massiver Verschuldung der USA wurde die drohende Lähmung durch eine wilde Dynamik überwunden. Für besorgte Zuschauer war allerdings die Frage, wie lange die „Party“ weitergehen würde?

(2) Was ist überhaupt Geld?

Geld hat für eine Welt des Handels und des Wirtschaftens eine ganz zentrale Bedeutung. Unser heutiges Leben ist ohne ein leistungsfähiges Geldsystem nicht vorstellbar. Historisch betrachtet entstand das Geld, um den Austausch zwischen Menschen, insbesondere den Austausch der von ihnen gehaltenen bzw. geschaffenen Güter zu erleichtern. Tauschhandel ist eine frühe, vorgelagerte Form einer derartigen Wechselwirkung.

Zur Vereinfachung dieser Situation hat sich historisch die Nutzung von Geld als neutralem Medium herausgebildet. Geld übernimmt dabei viele Funktionen. Es ist eine Werteinheit, ein Messsystem und macht (in dieser Dimension) alles mit allem vergleichbar. Die praktische Frage, was etwas wert ist, wird in Märkten durch Bestimmung von Preisen entschieden. Über das Geld wird alles mit allem in Relation gesetzt. Es ist eine wesentliche Funktion des Geldes, komplexe Bündel von Gütern vergleichbar zu machen. Geld ist ferner ein Tauschmittel, und schließlich kann Geld Wert aufbewahren, auch über große Zeiträume – solange die Stabilität des Gesamtsystems gesichert werden kann. Geld ist in diesem

Sinne ein „Intermediär“, eine Systemgröße, die die Transaktionskosten ökonomischen Tuns massiv zu senken erlaubt – wie übrigens auch Vertrauen.

Er war in der Historie eine Machtfrage, wer Geld herausgeben konnte bzw. durfte. Der Herausgeber sollte den Wert des Geldes garantieren können, und mit dem Herausgeben des Geldes war immer auch die Möglichkeit verbunden, sich selber zu begünstigen. In der frühen Phase war Geld eine Metallwährung. Der Metallwert des Geldes stellte eine Art Gegenwert für das dar, was man gegen das Geld eintauschte. Dieses Prinzip hat sich in Goldwährungen lange gehalten. Für moderne Gesellschaften ist allerdings diese Art von Geld von der Sache her unzureichend. Es geht heute teilweise um gigantische Summen und diese sollen schell und bequem transferiert werden können. Der nächste Schritt war daher das Papiergeld – vom Gewicht her viel leichter und daher besser transportierbar. Papiergeld ist erst seit dem 18. Jahrhundert verbreitet. In jüngerer Zeit tritt neben das Bargeld das Bankgeld oder Buchgeld (sogenanntes Giralgeld), das heute die alles dominierende Geldform im Leben der Bürger ist. Hinzu kommen moderne Finanzierungsinstrumente mit Geldcharakter, die aber außerhalb der Sphäre des Alltagslebens der überwiegenden Zahl der Bürger platziert sind. Die verschiedenen Formen von Geld verbergen sich hinter offiziell differenzierten Geldmengenkonstrukten wie M1, M2 und M3. Geld in der modernen Welt aus Sicht der Bürger ist also vor allem das von Banken erzeugte Giralgeld. Es erlaubt nicht nur den bequemen Umgang mit großen Geldmengen. Auch werden Transfers dokumentiert und damit nachvollziehbar.

Wenn man fragt, wo das Giralgeld entsteht, dann ist das wichtigste Prinzip das folgende: Die Geldmenge wächst, wenn ein Kredit gewährt wird, sie schrumpft, wenn ein Kredit zurückgezahlt bzw. notleidend wird (und im letzteren Fall letztlich abgeschrieben werden muss). Eine große Verantwortung für den Banksektor und eine wichtige Wertschöpfungsdimension liegt konsequenterweise in der Qualitätssicherung der Kreditgewährung. Welche Business-Pläne, für die Kredit nachgefragt wird, sind werthaltig, wo sind die Chancen gut, dass ein Kredit zurückgezahlt wird?

Giralgeld besteht letztlich in Positionen in Datenbanken, die zu finanziellen Verfügungen bzw. zu Transaktionen ermächtigen. Diese Transaktionen gehen im Wesentlichen von einem Konto zu einem anderen. Mit der informationstechnischen Revolution haben sich die Prozessmöglichkeiten in diesem Bereich multipliziert – auch die Manipulationsmöglichkeiten.

Eine wichtige Frage ist, wie viel (Giral-)Geld zu einem Zeitpunkt vorhanden ist. Zuviel Geld könnte zur Inflationen führen, zu wenig Geld die Wirtschaft und das Wachstum behindern. Insofern ist die Kontrolle der Geldmenge durch den Staat oder eine dafür geschaffene No-

tenbank ein wichtiges Thema. In modernen Gesellschaften wird diese Kontrolle zum einen über die Messung der Größen unterschiedlich definierter Geldmengen wie M1, M2 und M3 und zum anderen über die Messung der Inflation gesteuert. Allerdings haben die USA vor einigen Jahren die Feststellung der Geldmenge M3 ausgesetzt. Das gibt der Inflationssmessung als der letzten verbliebenen universellen Steuerungsgröße eine umso wichtigere Rolle. Ein Abgrenzungsthema ist in der Folge der konkrete Inflationsbegriff und damit die Natur der Warenkörbe, die zur Inflationssmessung herangezogen werden. Hier wird immer wieder verändert bzw. experimentiert.

Das Ziel der Politik ist es, die Inflation gering zu halten, allerdings ist das nicht das einzige Ziel. Es geht beispielsweise auch darum, die Wirtschaft anzukurbeln, Wachstum zu fördern, die Unternehmen mit Geld zu versorgen. Falls die Verschuldung der Staaten zu hoch ist, kann Inflation auch ein Mechanismus sein, um die Zurückzahlung von (Staats-) Schulden zu erleichtern.

Die Geldgeschäfte erfolgen über Banken. Auf diese Bankgeschäfte wiederum wird über die Zentralbanken oder Notenbanken ein gewisser Einfluss ausgeübt. Über die Bankaufsicht hat der Staat in einen gewissen Umfang Kontrolle über das Geschehen. Hinzu kommen weitere Regelungsmechanismen und Finanzmarktakteure wie z. B. die Finanzmarktaufsicht, die Basler Bank für Zahlungsausgleich, der internationale Währungsfonds und die Weltbank.

Die Eingriffsmöglichkeiten der Staaten über die Bankenaufsicht bestehen darin, den Banken gewisse Auflagen machen zu können, ihnen Mindestreserven abzuverlangen. Zentralbanken können den Banken bestimmte Zinssätze für dasjenige Geld (Zentralbankgeld) abverlangen, das ihnen von der Zentralbank zur Verfügung gestellt wird. In einem gewissen Umfang kann die Zentralbank so Einfluss auf die Geldmenge nehmen und damit darauf, wie viel Kredit gewährt wird. Wie oben schon erwähnt, ist Kreditgewährung durch Banken, auch von Banken untereinander, in der modernen Ökonomie ein wesentlicher Ort der Geldschöpfung. Die Geldmenge wächst mit jedem eingegangenen Zahlungsverprechen oder aufgenommenem Kredit, sie sinkt mit jedem zurückgezahlten bzw. abgeschriebenen Kredit. Der Deutsche Staat darf sich, in Reaktion auf historische Erfahrungen und zwei Hyperinflationen nach zwei verlorenen Weltkriegen nicht direkt bei der Notenbank mit Geld versorgen, sondern nur über das private Bankensystem. Eine wichtige Rolle spielt dabei u. a. die Hypo Real Estate als großer „Staatsfinanzierer“. Diese Rolle ist ein wichtiger Grund, warum der deutsche Staat die Hypo Real Estate um fast jeden Preis geschäftsfähig erhält.

Für die Kreditgenerierung durch Banken sind Regelsysteme, wie Basel I und Basel II, die meistens über die Internationale Bank für Zahlungsausgleich in Basel abgestimmt werden, wesentlich. Sie regeln beispielsweise Eigenkapitalhinterlegungspflichten. Der Übergang von Basel I zu Basel II bedeutet eine Verknüpfung von (Mindest-) Kapitalhinterlegungspflichten der Banken (und damit indirekt der Zinshöhe für einen Kredit) mit der Bonität des Schuldners bzw. im Wesentlichen gleichwertig der Qualität von ihm hinterlegter Sicherheiten bzw. von ihm herausgegebener Schuldverschreibungen. Hier wird also festgelegt, wieviel Prozent der jeweiligen Kreditsumme als Eigenkapital der Bank hinterlegt werden müssen, wenn sie einen Kredit vergibt bzw. generiert. Die Kreditgewährung setzt auch das Vorhandensein entsprechender Einlagen voraus. Allerdings wurde der Einlagebegriff in den letzten Jahren so weit gedehnt, dass Einlagen für die Kreditgewährung nur partiell eine Restriktion darstellen. Insbesondere spielt in diesem Bereich der Interbankenhandel, die Ausgabe von Buchschuldverschreibungen und die Beschaffung von kurzfristiger Liquidität über die Zentralbanken eine Rolle, um Salden auszugleichen.

Basel II hat in der Folge zu einer Ausdehnung der Kreditvolumen und damit der Geldmenge geführt. Und zwar dadurch, dass die Banken Kredit primär an solche Abnehmer gegeben haben, die über eine hohe Bonität verfügten. Dies erlaubt bei gleichbleibender Eigenkapitalgröße die Erzeugung einer deutlich größeren Kreditmenge. Zu den begünstigten Kreditnehmern gehörten in der Regel auch „Töchter“ oder „Mütter“ der Banken, die wiederum deshalb eine hohe Bonität vorweisen konnten, weil die kreditgewährende Bank ihre „Mutter“ bzw. ihre „Tochter“ war.

Das Konstrukt der Sicherheit, die gezielte Ausweitung von Sicherheit – und eine verdeckte Aushöhlung vermeintlicher Sicherheit wurden zu „wertschöpfenden“ Aktivitäten. Eine massive Ausweitung der Kreditmenge war auch eine Folge des Mechanismus der strukturierten Verbriefung von Krediten, eine jüngere Finanzmarktinnovation, die beispielhaft in [34] beschrieben wird. Mit strukturierten Verbriefungen verkauft eine Bank Kredite weiter, wobei sie diese in Pakete zusammenfasst und die Pakete in Teilgruppen zerlegt, die die Ausfallrisiken sequentiell tragen, z. B. ein sogenanntes Equitysegment, ausgestattet mit dem höchsten Risiko und den höchsten Zinsen, dann mit deutlich geringerem Risiko und reduzierten Zinsen ein sogenanntes Mezzaninesegment und schließlich ein im Wesentlichen ohne Ausfallrisiko und mit entsprechend reduziertem Zins ausgestattetes sogenanntes Seniorsegment.

Die entsprechenden Fonds werden gerne bei Banktöchtern platziert, die häufig von ihren Müttern mit Bürgschaften ausgestattet werden und ansonsten außerhalb der Bankbilanz operieren. Der Fonds verkauft Fondsanteile weiter, meist außerhalb des Banksektors. Über die Verbriefung übernehmen nun Bereiche außerhalb des Bankensektors genuine Aufga-

ben der Risikoübernahme, die früher bei den Banken lagen und dort Eigenkapital banden. Der Bankensektor wird auf diese Weise in die Lage versetzt, die Umschlaghäufigkeit beim Einsatz des eigenen Eigenkapitals in seiner Basisfunktion zur Kreditgenerierung zu erhöhen – und damit die Kreditmenge massiv auszuweiten, parallel dazu die erzielte Eigenkapitalrendite weiter zu steigern. Der Hebeleffekt des Eigenkapitals der Banken wurde durch jeden der beiden beschriebenen Mechanismen (Basel II, Verbriefungen) deutlich erhöht.

Dies gilt ebenso für eine Erhöhung der Eigenkapitalbasis in Boomzeiten durch Zugrundelegung internationalen Bilanzierungsrichtlinien (IFRS), die seit einigen Jahren im Bankensektor standardmäßig verwendet werden. Dies beinhaltet, dass z. B. Aktienpakete oder Immobilienbestände, die eine Bank auf der Eigenkapitalseite hält, ständig wertvoller werden, wenn die Märkte sich im Aufwind befinden und damit entsprechende „Besitztümer“ am Markt ständig an Wert gewinnen. Bei Anwendung von IFRS übersetzt sich das zeitgleich in ein vergrößertes Eigenkapital, das sogleich die Bezugsgröße für die Möglichkeit darstellt, noch mehr Kredit zu generieren.

Die über die beschriebenen Mechanismen erfolgte Ausdehnung der Geldmenge war ein weiterer Baustein in einer schon viele Jahre andauernden weltweiten Politik des leichten Geldes [47]. Politik des leichten Geldes bedeutet dabei nicht nur Ausdehnung der Geldmenge, sondern Ausdehnung der Geldmenge zu günstigen Konditionen und das insbesondere für bestimmte Akteure im Zentrum des Systems. Die dadurch entstandene Illusion der kontinuierlichen Verfügbarkeit kurzfristiger, zugleich besonders kostengünstiger Liquidität hat bei den entsprechenden Akteuren eine Politik gefördert, die auf große Hebel setzte. Eigenkapital, das im Wesentlichen aus Kredit bestand, aber beispielweise auch Nutzung des Kurzfrist-/Langfrist-Hebels. In dieser Situation war es vor allem attraktiv, gegen Sicherheiten kurzfristig Kredit und damit Liquidität zu generieren. Sicherheiten gewannen dadurch weiter an Bedeutung, die Erzeugung von Sicherheiten wurde selber zu einem entscheidenden wertschöpfenden Instrument. Zugleich wurde so eine Risikoposition aufgebaut: Das Risiko, dass es irgendwann nicht mehr gelingen würde, einen auslaufenden kurzfristigen Kredit durch einen neuen zu ersetzen.

Es ist offensichtlich, dass die beschriebene Politik des leichten Geldes insbesondere diejenigen begünstigte, die „an der Quelle“ saßen. Weniger gut bewertete Mittelständler oder Projektideen bekamen im Gegenzug oft keinen attraktiven Kredit, mussten sich dann an diejenigen wenden, die den Kredit günstig bekamen, z. B. als Finanzierungspartner im Kontext Private Equity. Die Politik des leichten Geldes hat weltweit Wachstum stimuliert, und für viele Jahre für viele Vieles ermöglicht aber um einen Preis. In der jüngsten Subprime Krise wurde dieser Preis deutlich.

II. Die Krise – wo lagen die Ursachen?

(1) Deregulierung und Finanzmarktinnovationen

Die Zeit seit dem Fall der Mauer stand in der Welt der Ideen unter dem Megatrend „Freiheit“. Freiheit hatte (angeblich) den Kommunismus besiegt, der freie Markt war das überlegene System, der freie Markt würde alle globalen Herausforderungen lösen, die Armut zu überwinden helfen, den Frieden mit der Natur herbeiführen, die nachhaltige Entwicklung fördern und einen reichen Globus hervorbringen. Es wundert rückblickend, wie viele Menschen diese absurden „Versprechungen“ akzeptiert haben, die letztlich vor allem zur Ermöglichung von „Plünderungsprozessen“ bestimmter zentraler Akteure dienten [2, 3, 11, 19, 21, 25]. Hierauf haben der Autor und andere seit vielen Jahren hingewiesen [22, 23, 29, 30, 31, 33, 35, 37, 38, 41, 54]. Bestätigt hat sich an dieser Stelle, dass die größten Effekte, gerade auch der Umverteilung von unten nach oben, mit der Durchsetzung bestimmter Ideen erreicht werden [21]. Von den Wirkungen und den Größenordnungen her gilt dabei das Prinzip die schlimmsten Formen von Diebstahl und Betrug an der Grenze des Legalen, aber letztlich legal stattfinden „The toughest crimes are legalised“. Wobei bei Plünderungsprozessen die handlungsleitenden Ideen und Vorstellungen bzgl. leistungsfähiger Systemkonstrukte, etwa bzgl. der notwendigen „Freiheit der Märkte“ oder die „komparativen Kostenvorteile im Welthandel“ unter den heutigen Öffentlichkeitsbedingungen „fast“ richtig sein müssen, sonst würden die Bürger es merken. Aber eben nur fast. Entscheidend sind feine Details, das „Kleingedruckte“. Und „fast daneben ist auch daneben“.

Im Wettbewerb der Staaten gegeneinander kam es in der Folge zu einer permanenten Deregulierung, vor allem des Weltfinanzmarkts [3, 10, 14, 15, 24, 37, 41, 45, 46, 50]. Das Geld gewann einen immer stärkeren elektronischen Charakter, die Verarbeitungsprozesse waren immer stärker computergetrieben [11]. Indem man das Geld um den Globus trieb, konnte man sich sehr weitgehend den staatlichen Regulierungen auf nationaler Ebene entziehen. Zum Schluss schrieb man seine eigenen Regulierungen oder operierte freiwillig nach einem großartig klingenden „Code of Conduct“ [54]. Ein wichtiges Wertschöpfungselement war dabei die weitgehende Vermeidung von Steuerzahlungen [16, 17]; so ließ sich die Rendite auf Eigenkapital im Finanzwesen weiter steigern. Und natürlich brauchte man Innovationen. Innovationen, die vor allem der Ausweitung der Geldmenge dienten und zwar mit dem Ziel, selber von dieser Ausweitung massiv zu profitieren. Mit Blick auf die aktuelle Krise sind verschiedene wesentliche (Innovations-) Elemente bzw. Mechanismen involviert, von denen nachfolgend 15 aufgelistet sind:

- (1) Unakzeptable Verkaufspraktiken auf dem US-Hypothekenmarkt (so genannte Subprime-Thematik / Zweiklassenhypotheken. Letztlich wurden massiv Hypotheken

zum Kauf an Personen vergeben, die zur Rückzahlung wahrscheinlich nicht fähig sein würden). Wieso dies möglich war, welche Anreizstrukturen dies ermöglicht bzw. gefördert haben, findet sich in [44]. Für detaillierte Hinweise und Zahlenvergleiche siehe auch [34]).

- (2) Finanzmarktinnovationen im Bereich sogenannter Verbriefungen, also den Weiterverkauf von Krediten bzw. von Anteilen an Bündeln solcher Kredite (im Besonderen Asset-backed Securities).
- (3) Interierte Verknüpfung von Verbriefungen zu immer neuen Verbriefungsstrukturen, sogenannte (strukturierte) Collateralized Debt Obligations (CDOs), deren Risikoprofil völlig diffus ist [1]. In [56, 57, 58, 59] wird hierfür immer wieder zur Verbesserung des Verständnisses als Bild der Unterschied zwischen Fleisch und Würsten benutzt. In „Würsten“ wird viel verarbeitet – man weiß zum Schluss nicht, was drin ist – Verzehr wird zur Vertrauenssache.
- (4) Die „Absicherung“ der Werthaltigkeit von Collateralized Debt Obligations durch versicherungsähnliche Konstrukte, sogenannte Credit Default Swaps (CDS), die den Absicherungen von Währungsrelationen nachgebildet sind.
- (5) Gigantische Geschäfte der Banken außerhalb ihrer Bilanz, die erstaunlicherweise bis heute erlaubt sind.
- (6) Die enormen internationalen Zahlungsbilanzasymmetrien, vor allem die extrem hohe Verschuldung der USA im Ausland, im Besonderen in China.
- (7) Der von den USA nicht verhinderte Zusammenbruch der großen Investmentbank Lehman Brothers (15.09.2008). Hierdurch wurde enorm viel Vertrauen in die Finanzmärkte verspielt.
- (8) Basel II, also die Bindung der Eigenkapitalhinterlegungspflicht von Banken bei der Kreditgewährung an die Bonität der Schuldner (was bei Konzentration auf gut bewertete („geratete“) Schuldner zu einer gigantischen Ausweitung der Geldmenge geführt hat).
- (9) Die internationalen Bilanzierungsrichtlinien (IFRS), die in ihrer prozyklischen Ausrichtung zunächst die Ausweitung der Eigenkapitalbasis der Banken und der Kreditmenge beschleunigten, dann, in der Krise, massiv Krisen-verstärkend wirken.
- (10) Die Kurzfristorientierung der Entlohnungssysteme für das Spitzenpersonal im Investmentbanking.
- (11) Qualitätsprobleme im Bereich des „Ratings“, also der institutionellen Beurteilung der Qualität von Finanzmarktpapieren.
- (12) Rechnergetriebene Handelssysteme, orientiert an Interventionspunkten, die Abwärtsspiralen auf den Verkaufsmärkten, z. B. im Rahmen eines „erzwungenen Deleveraging“ verstärken können.

- (13) Übergroße Kredithebel in Privat Equity Geschäften. D. h. z. B. die Übernahme von Unternehmen durch Akteure mit wenig Eigenkapital aber ausgestattet mit viel und günstigem Kredit in Folge einer guten Bonität, z. B. aufgrund der Bürgschaft einer „Mutter“.
- (14) Fristigkeitsrisiken in der Finanzierung bei Long/Short Hebelgeschäften. Hierzu gehört die Gewährung langfristiger Kredite bzw. das Eingehen langfristiger Verpflichtungen durch Finanzmarktakteure, obwohl ihnen die entsprechenden Geldmittel nicht langfristig als Einlage (z. B. über Bausparverträge) zur Verfügung stehen. Sie müssen sich also immer wieder kurzfristig refinanzieren. Das ist ein gutes Geschäft, wenn immer wieder eine günstige Refinanzierung gelingt. Gelingt das irgendwann nicht mehr, kann es zum Desaster kommen.
- (15) Kursbeeinflussung an Börsen durch große Akteure.

(2) Wie kam es zu der Krise?

Will man die Abläufe verstehen ist es wichtig, von der Ebene der Einzelereignisse zur Systemebene überzugehen. Das Finanzsystem hatte, u. a. über gigantische Mengen von Credit Default Swaps, einen „Sicherheitsschirm“ aufgebaut, der auf formalisierten Sicherheiten basierte, die von Rating-Agenturen bestätigt waren. Die Struktur war im Wesentlichen vom Null-Eins Typ. Das Ausmaß eingegangener Verpflichtungen zentraler Akteure war nicht bekannt. Intransparenz war von Seiten der Akteure gewollt und Teil des Geschäftsmodells. Gegen die marktfundamentalistische Propaganda und die Interessen starker staatlicher Akteure im angelsächsischen Raum gelang der Politik die Durchsetzung der erforderlichen Transparenz nicht. So war das Ausmaß der ungesicherten Positionen überhaupt nur durch einen Totalzusammenbruch des Systems erkennbar zu machen. Es mussten dazu zunächst Zweifel an der Nachschussfähigkeit zentraler Finanzmarktakteure wie AIG oder Lehmann Brothers greifen, ehe die Probleme hinter den Problemen in ihrer ganzen Tragweite Schritt für Schritt deutlicher werden konnten. Besonders schlimm getrieben hatte man es im Subprime-Sektor in den USA, also bei „Zweiklassenhypotheken“ [34, 44]. Hier begann lokal eine Erosion. Zahlreiche Kunden konnten ihre Hypothekendarlehen nicht mehr bedienen. Es kam zu größeren Zahlungsausfällen. Immobilienpreise hörten auf zu steigen, begannen zu fallen. Zwangsversteigerungen brachten nicht mehr die Einnahmen, die erwartet wurden. Zunehmend wurde deutlich, dass bestimmte Typen von Verbriefung nicht mehr die Werthaltigkeit hatten, die bisher im Markt galt.

Die Krise begann also lokal und langsam mit dem „Rutschen“ der Subprimes, ein Prozess, der auf Leichtsinns und Überhitzungszustände in einem Spezialmarkt der Hypothekenkredite in den USA zurückzuführen war. Falsche Gewohnheiten und Erwartungen und eine völ-

lig unverantwortliche Kreditvergabe führten hier also letztlich zu diesem „lokalen Problem“ (vgl. die Darstellung in [44] sowie auf Beispielebene in [34]), das in der Folge katalysator- und kaskadenartig vom Subprime Segment ausgehend Schritt für Schritt zum „Rutschen“ des gesamten Marktes der Collateralized Debt Obligations geführt hat. Wesentliche Ursache der Entwicklung im Subprimebereich waren einerseits die Möglichkeit der Verschiebung des Risikos der Kreditvergabe weg von den kreditgewährenden Banken hin zu anderen Akteuren durch Verbriefung und andererseits die begrenzten rechtlichen Verpflichtungen von Hausbesitzern in den USA bei Hypothekenkrediten.

Die irgendwann deutlich werdenden Probleme im Subprimebereich überforderten nach einer gewissen Zeit diejenigen Versicherungen, die die dort gehaltenen Papiere über Credit default swaps (CDS) abgesichert hatten. Diese Absicherungen waren letztlich die Basis hoher Ratings entsprechender Obligationen bzw. Sicherheiten. Allerdings genügten die Absicherungen über CDS generell nicht den üblichen Anforderungen an Versicherungen, etwa bzgl. Offenlegung oder Deckung. Ferner wurde das Versicherungsprinzip dadurch pervertiert, dass nicht betroffenen ebenfalls „Wetten“ auf bestimmte Ereignisse eingehen konnten bzw. dass viele Akteure auf dasselbe Ereignis „Wetten“ konnten, was aus Sicht der Risikoverteilung dramatische Konsequenzen haben kann [53]. Auch gab es in den entsprechenden Märkten keine Transparenz bzw. Aufsicht. Solche Kontrollen hätten die schöne „Bonanza-Veranstaltung“ gefährdet. Deshalb wehrt sich der Finanzsektor seit Jahren gegen solche Transparenz, die z. B. die Folge einer geringfügigen Steuer auf alle derartigen Transaktion gewesen wäre. Eine solche Tobin Abgabe, die z. B. der große Finanzmarktspezialist G. Soros befürwortet [47], wird und wurde vehement bekämpft.

Fragt man also nach den Gründen, warum es so schwer war, die Krise vorauszusagen, dann erweist sich als einer der Hauptgründe das Fehlen ausreichender Information. Dies führte zu Vorstellungen über Risiken, vor allem über Extremereignisse, die viel zu optimistisch waren. Die Zahlenbeispiele in [34] zeigen das sehr deutlich. Auf der Ebene der Einzelprobleme sind oft Abschätzungen unter Normalverteilungsannahme korrekt. Auf Ebene der Systemrisiken sieht das ganz anders aus. Die (unbekannten) Wahrscheinlichkeiten für Extremrisiken sind, wie oben erwähnt, deutlich höher, als bei Normalverteilungsannahmen gegeben. Die entsprechenden Verteilungen haben sogenannte „long tails“ und sind z. B. vom Typ Potenzgesetz [53]. Aber diese Zusammenhänge waren weitgehend verdeckt aufgrund der unvollständigen Datenlage.

Die handelnden Akteure haben dieses Segment der Ökonomie, wie oben dargestellt, sehr gut abgeschirmt, im Besonderen im Rahmen von Deregulierungsprozessen. Die Geschäfte fanden auf Handelsplattformen statt, die privat waren. Es gab keine öffentliche Beobachtung der Transaktionsvolumina. Selbst an Börsen werden in der Regel nur Tagessal-

den festgehalten, das detaillierte Hin und Her über den Tag ist nicht dokumentiert. Des Weiteren residieren viele Akteure, insbesondere auch Dachstrukturen von Hedgefonds, aus genau solchen Gründen in Steuerparadiesen mit zum Teil nur begrenzter Aufsicht über Bilanzierungsprozesse, so dass Compliancefragen von vorneherein nur begrenzt ausgeprägt sind, und die zur Verfügung gestellten Informationen häufig kein korrektes Bild der realen Gegebenheiten widerspiegeln (off-shore / off-sheet).

In der Folge wusste niemand, dass der Umfang entsprechender Papiere und damit die Volumina der abgesicherten Werte (notional amounts) sich schließlich in der Größenordnung der Wirtschaftsleistung der ganzen Welt in einem Jahr (ungefähr 50.000 Milliarden Dollar) bewegten, von denen offenbar maximal 1 Prozent als haftendes Eigenkapital irgendwo hinterlegt waren, wobei dieses Eigenkapital selber größtenteils wohl frühere Bilanzgewinne darstellte. Als nun die abgesicherten Papiere auf breiter Front an Wert verloren, musste von Seiten der Versicherer ständig Geld nachgeschossen werden. Irgendwann hatten diese Institutionen, wie Lehman Brothers oder AIG, damit ein offensichtlich werdendes Finanzierungsproblem. Spätestens dann wurde ihr Rating deutlich verschlechtert. Damit konnten sie keine günstigen Kredite mehr erhalten. Das Spiel war aus.

Gigantische Mengen verbriefter Sicherheiten, geschätzt 3 x Jahres Welt-BIP [45, 46], verwandelten sich in „toxisches“ Material. Und da der interne Wert vieler Verbriefungen nicht abschätzbar ist, gab es für die Papiere irgendwann keinen Markt mehr. Die Systemkrise wurde in dieser Lage, wie oben schon angedeutet, noch einmal massiv verschärft durch die Wirkung der internationalen Bilanzierungsrichtlinien (IFRS), die jetzt eine rasch schrumpfenden Eigenkapitalbasis vieler Akteure und eine drohende Insolvenz zur Folge hatten, und ein weiteres Mal durch die spezifischen Kreditgewährungsbedingungen von Basel II, die Kreditkonditionen an die Bonität der Schuldner und damit Sicherheiten koppeln und zur Folge hatten, dass ein Großteil gewährter Kredite unter den sich einstellenden Bedingungen rechtlich nicht mehr zulässig war. Beide Regelungsbereiche wirkten dabei wie Brandbeschleuniger. Und je mehr die Akteure versuchten und versuchen mussten, Wertpapiere zu verkaufen um sich frische Liquidität zu verschaffen und dagegen zu halten, umso schneller fielen die Verkaufserlöse in den Keller.

Als die Sicherheiten immer schneller an Wert verloren und die Bilanzaktiva zusammenschmolzen, als Verbriefungen kaum mehr möglich waren, stand schließlich das gesamte Kreditsystem vor dem GAU. Internationale Bilanzierungsrichtlinien, Basel II und der Verbriefungsmechanismus wirkten voll prozyklisch. Es war die Umkehrung dessen, was vorher „Bonanza ohne Ende“ war und dem im Bereich der Weltfinanzmärkte agierenden Spitzenpersonal unglaubliche Boni eingebracht hat. Die höchste je erzielte Einnahme dieser Art war in 2006 ein Einkommen des Fordmanagers Alan Mulally von 3,7 Milliarden \$ in

einem Jahr, welches zudem nicht der Einkommensteuer unterworfen war, sondern (nur) einer 17% Kapitalertragssteuer.

Wobei die Entlohnung der genannten Personen nicht nur unangemessen hoch war, sondern in der kurzfristigen Orientierung der Boni eine Politik des Führungspersonals begünstigt hat, die vornehmlich auf das Hier und Jetzt ausgerichtet war. Kurzfristiger Erfolg in Form hoher Renditen als dominierendes Ziel unternehmerischen Handelns – die übelste Form eines vermeintlichen Shareholder Values.

In der Folge steht die Welt jetzt vor der „Down-side“ der jahrelangen Politik des leichten Geldes, von der so viele so lange profitiert haben. Der höchst erfolgreiche Spekulant und Mathematiker George Soros, der auch in 2008 erneut einer der größten Gewinner an den Weltfinanzmärkten war, spricht in diesem Kontext in seinem jüngsten Buch [47] zur Krise von der „Super Bubble“. An der Super Bubble hatten viele ihre Freude. Letztlich fütterte das leichte Geld den eingangs skizzierten lang anhaltenden Boom der Weltökonomie. Diese Politik führte, wie oben dargestellt, nur deshalb nicht zu einer hohen Inflation, weil der unglaublich rasche technische Fortschritt im Bereich der modernen Informations- und Kommunikationstechnik, gekoppelt mit den günstigen Löhnen in Schwellenländern im Kontext der Globalisierung, gegen-inflationäre Potentiale großen Ausmaßes aktivierte [56, 57, 58, 59]. Diese fast einmalige historische Konstellation ermöglichte zweierlei: einerseits den langen großen Boom, der für Viele und vieles Erhoffte und Erwünschte Voraussetzung war, andererseits aber auch das Desaster, das jetzt in der Krise abzarbeiten ist, eine gigantische Spekulationsblase in der Größenordnung des Welt-BIP eines Jahres. Nur noch der Staat konnte die Situation retten. Viele Banken sind eigentlich konkursreif. Und es gibt viele unschuldige Verlierer, gerade im Bereich des kleinen Mittelstandes und der sozial Schwachen, darunter viele Arbeitnehmer, die nun kurzarbeiten müssen bzw. ihre Arbeit ganz verlieren. Und viele Menschen haben ihr gespartes verloren und viele Selbstständige die Hälfte ihrer privaten Altersversorgung. Und für alle diese „unschuldigen“ Verlierer gibt es keinen Rettungsschirm. Den gibt es nur für die, die jahrelang das „große Rad gedreht haben“. Eine Situation, die kaum auszuhalten ist.

(3) Ist das Geld weg?

Die letzten zehn Jahre waren neben den dauernden Aufwärtstrend auch durch Verwerfungen des Weltfinanzsystems und der Weltbörsen gekennzeichnet: Kollaps der New Economy [28, 41, 47], Bilanzskandale bei Weltunternehmen, und jetzt die von den USA ausgehende Finanzkrise. Am Ende solcher Marktzyklen ist unisono die Botschaft: Hier wurde gigantisch viel Geld vernichtet. Die aktuelle Finanzkrise hat einen Gesamtschaden von derzeit ca. 40.000 Milliarden USD, allein ca. 20.000 Milliarden USD davon sind die Folge

fallender Börsenkurse, angerichtet. Die Größenordnung der weltweiten staatlichen Schutzschirme liegt schon weit jenseits von 10 Billionen Euro. Und es könnten in den nächsten Monaten noch deutlich mehr werden. Das Geld scheint weg zu sein - so als hätte es der Erdboden verschluckt oder eine Feuersbrunst verbrannt.

Stimmt dieses Bild? Nein, es wird nur gern von interessierter Seite so gemalt. Denn die Krisen bringen neben Verlierern auch etliche Gewinner hervor, denen allerdings sehr daran gelegen ist, dass die Verlierer diese Geschichte mit den verschwundenen Milliarden glauben. In Wahrheit ist das Geld ganz oder in Teilen den Personen zugeflossen, die einen wesentlichen Einfluss auf das Erzeugen von Hypes und kettenbriefartige Abläufe in dem großen Roulette der Finanzmärkte haben.

Wie funktioniert die „Wegzauberung“ des Geldes im Einzelnen? Es gibt drei Elemente: Teilweise war das Geld nie da, teils kommt es wieder, und zu erheblichen Teilen befindet es sich auf anderen Konten. Kommen wir erstens zum Fall der Geldverlust-Illusion.

Das Geld war nie da

Stellt zum Beispiel die Marktkapitalisierung eines Unternehmens zu einem bestimmten Zeitpunkt, das „Mantra“ der Shareholder-Value „Enthusiasten“ den Wert des Unternehmens in einer realistischen Weise dar? Oder handelt es sich teilweise um eine „Halluzination“, um ein Element einer „Voodoo-Ökonomie“? Üblicherweise schaut man sich hierzu die aktuellen Handelspreise an den Aktienmärkten an. Dieser Wert ist aber in der Regel zeitbezogen und bezieht sich oft auch nur auf eine kleine Teilmenge der Aktien. Manchmal sind – obwohl verboten - Insider am Handel beteiligt und treiben gezielt den Kurs hoch. Die ganz großen Fonds haben oft die Möglichkeit, den Kurs zu beeinflussen, u. U. zu „machen“. Darum ist der Ausdruck Casinokapitalismus beschönigend. Im Casino geht es zumindest bzgl. der Wahrscheinlichkeiten korrekt zu. Im Weltfinanzsystem kann davon nicht die Rede sein. Wahrscheinlichkeiten ändern sich ständig und bestimmte Akteure und Insider wissen mehr über Wahrscheinlichkeiten als „normale“ Akteure, teilweise deshalb, weil sie darauf einen aktiven Einfluss haben [47]. Weil das so ist, sind Marktbewertungen an Aktienmärkten mit Vorsicht zu genießen. Es entsteht oft der Eindruck einer Werthaltigkeit, die es gar nicht gibt. Wenn dann z. B. solche Blasen platzen und der Kurs auf die Hälfte oder weniger der vermeintlichen Marktkapitalisierung sinkt, dann ist u. U. kein Geld weg, denn vielleicht war dieses Geld im Sinne eines tatsächlichen Wertes nie da.

Das Geld kommt wieder

Betrachten wir nun zweitens die Situation, in der vermeintlich verlorenes Geld in Teilen zurückkehrt. Oft rutscht der Wert von Anlagen im Schockfall tiefer als es von den Kerndaten wirklich gerechtfertigt wäre. Denn im Hintergrund gibt es weiterhin Gebäude,

Maschinen, Ressourcen, Vorräte, Infrastruktur, gut ausgebildete Menschen, Kundenbeziehungen, Vertrauenskonstellationen etc. Der adäquate Wert, z. B. der Firmenanteile liegt irgendwo in der Mitte zwischen euphorischer Hochbewertung und frustrierter Unterbewertung, und dieser Wert stellt sich dann auch irgendwann wieder ein. Manches, was verloren geglaubt war, kommt dann wieder zurück.

Das Geld ist auf einem anderen Konto

Drittens geht es um den gern ausgeblendeten Tatbestand, dass ein Großteil der angeblich verlustigen Millionen schlicht auf anderen Konten liegt. Ein Punkt, den insbesondere die jungen Akteure gerne verheimlicht sehen, bei denen jetzt das Geld liegt. Betrafen die bisherigen Hinweise kasinoartige Abläufe in Verbindung mit Insiderphänomenen, so kommt hier die Wechselwirkung mit der Realwirtschaft als wichtiges Element hinzu. Es wird im Auf und Ab viel Geld verdient und verloren – die eingesetzten Mittel wandern. Ein typischer Fall: Hoch bewertete Aktien dienen als Sicherheit für die Gewährung von Krediten. Es wird neues Geld zu günstigen Konditionen geschöpft, weil es die entsprechenden Sicherheiten gibt. Am Ende gewinnen, falls es nicht zu einem Schadensfall kommt, zwei Seiten: Die Vermittler der Kreditgeschäfte haben Prämien kassiert und behalten diese – spätere niedrige Kurse hin oder her. Die Unternehmen sind mit diesem geliehenen Geld expandiert und haben ihre Umsätze angekurbelt – das Plus auf dem Konto kann ihnen keiner mehr nehmen, auch wenn sich die ursprünglichen Sicherheiten als Illusion erweisen.

Der Gewinn-Mechanismus funktioniert erst recht, wenn Aktien oder Assets verkauft werden. Der Insider steigt auf niedrigem Niveau ein und auf hohem Niveau im richtigen Moment aus, eine Geldmaschine. Wenn er dann später auf niedrigem Niveau wieder einsteigt, dann ist er Besitzer desselben Aktienpakets, aber die Differenz in „Cash“ gehört ihm. Die „Dummen“ sitzen auf der anderen Seite. Sie kaufen als Späteinsteiger bei hohem Wert, müssen später bei niedrigem verkaufen. Bei ihnen ist das Geld weg, bei den anderen füllt es das Konto.

Noch attraktiver sind die Boni für das Spitzenpersonal – 2-stellige und 3-stellige Millionenbeträge. Besondere Empörung hat weltweit ausgelöst, dass von Staaten getretete Banken die über staatliche „Schutzschirme“ verfügbar gewordenen Mittel genutzt haben, um die Führungskräfte weiterhin mit absurd hohen Boni auszustatten. Bei AIG, die Milliarden Gelder an Hilfe erhalten haben, gingen nach Medienberichten vom 18.03.2009 zwischenzeitlich 165 Millionen Dollar in Form von Bonuszahlungen an Manager, die z. T. die Katastrophe zu verantworten haben – wobei ein Teil dieser Personen seit Monaten nicht mehr in der Firma arbeitet, also offenbar auch nicht mehr zur Bewältigung der Krise benötigt werden. Diese von Politik und Öffentlichkeit nicht akzeptierten Vorgänge führen nun in den USA zu Plänen eine Sondersteuer von 90 % auf solche Boni.

Die genannte Schadenssumme von derzeit ca. 40.000 Milliarden USD Verlust der aktuellen Finanzkrise stellt einen großen Wert dar, gleichwohl verleitet sie zu falschen Schlüssen. Das Geld ist keineswegs zu überwiegenden Teilen vernichtet. Es war entweder nie da oder es kommt wieder. Oder es taucht da auf, wo das Spiel gespielt wird, wo Insider große Hebel bewegen und „naive“ Akteure ihr Geld verlieren. In der Folge trifft die Krise z. B. kleine Mittelständler mit wenig Eigenkapital, auch wenn diese in dem eigentlichen „Match“ gar nicht involviert waren. Sie müssen dafür bluten, dass manche „zockergeschädigte“ Bank nun die Eigenkapitalbasis bzw. den Mut dafür verloren hat, physische Geschäfte mit hohem Potential mit neuen Krediten zu ermöglichen. Das ist Teil der Dramen, die durch die Finanzkrise induziert wurden. Ein anderes ist die Verschiebung von Eigentumstiteln. Wer jetzt Liquidität hat, also z. B. der, bei dem jetzt das angeblich „verschwundene“ Geld auf dem Konto liegt, kauft jetzt da, wo das Geld temporär weg ist, aber bald wieder da sein wird: Ein neues „Bonanza“.

(4) Die Entgrenzung des Finanzsektors – das Problem hinter den Problemen

Warum konnte lebenspraktisch passieren, was passiert ist? Der tiefere Grund ist, dass die Staaten in Zeiten einer forcierten Globalisierung den Entwicklungen im Weltfinanzsystem wenig entgegensetzen konnten, selbst wenn sie es gewollte hätten. Dies hängt mit den sehr unterschiedlichen Macht- und Interessenlagen der Staaten untereinander zusammen und mit spieltheoretischen Zwängen (Konstellationen vom Typ „Gefangenendilemma“) [33]. Gegen so große Profiteure der Finanzmarktentwicklung der letzten Jahrzehnte wie die USA oder Großbritannien war die übrige Staatenwelt machtlos – das zeigte sich 2008 beim G8 Gipfel in Heiligendamm, als die USA und Großbritannien jede „Einhegung“ der Finanzmärkte, und insbesondere der Hedge Fonds, kategorisch abgelehnt haben – man wollte „Bonanza“ bis zur letzten Minute.

Und fast wäre es den dort tätigen Akteuren sogar gelungen, die deutsche Dreisäulenstruktur des Bankenbereichs regulativ zu kippen. Ausgangspunkt war die Beobachtung, dass sich in Deutschland die Einlagen der Sparer eher bei Sparkassen und Volks- und Raiffeisenbanken als bei Großbanken sammelten. Die Großbanken, die sich auf ganz andere Geschäfte verlegt hatten, konnten dem Sektor der „Normalbürger“ nicht die notwendige Aufmerksamkeit schenken, ersatzweise hätte das Aufbringen der nötigen Aufmerksamkeit soviel zusätzliches Personal gekostet, dass dann die hohen Eigenkapitalrenditen nicht mehr hätten realisiert werden können, die als selbstverständlich vorausgesetzt wurden. Konsequenterweise versuchten die Großbanken institutionell, z. B. über Brüssel, Sparkassen und Genossenschaftsbanken auszuhebeln. Im einen Fall mit dem Argument, Staatsga-

rantien seien unfaire Verzerrungen im Wettbewerb, im anderen Fall mit dem Argument, im genossenschaftlichen Umfeld müssten nicht dieselben Renditen generiert werden, wie sonst im Markt. Beide Argumente sind als Argument gegen die Dreisäulenstruktur natürlich inhärent inadäquat, eben wegen der totalen Verschiedenartigkeit der Geschäftsmodelle und -Bedingungen: Z. B. zahlen die einen Steuern in substantiellem Umfang, die anderen eher nicht. Nicht ohne Grund hat das Bundesverfassungsgericht in einem bahnbrechenden Urteil zur Chancengleichheit festgestellt: „Chancengleichheit bedeutet die Gleichbehandlung des Gleichen. Dies impliziert in der Regel aber die Ungleichbehandlung des Ungleichen“.

Aber versuchen kann man es ja und in Teilen hatte das Bemühen auch Erfolg, bis jetzt im Zuge der Finanzmarktkrise viele politisch Verantwortlichen wieder deutlicher erkennen, welche Vorteile eine institutionell auf ihr regionales Umfeld ausgerichtete Sparkassen- und Genossenschaftsbank-Infrastruktur bietet. Richtig betrachtet ist eine solche Struktur u. a. ein hervorragendes Instrument der Regionalförderung.

Ein weiteres kam hinzu. Ein zentrales Problem der Globalisierung der letzten Jahre war, dass sich die stärksten Akteure der Besteuerung entziehen konnten [5, 16, 17]. Das setzte den Staat massiv unter Druck: Einerseits Verschuldung, andererseits der Zwang, den Druck auf den Mittelstand zu erhöhen und zwar sowohl in Bezug auf Steuerlast, als auch in Bezug auf Kontrolle. Denn der Staat kann fehlende Steuereinnahmen nicht beliebig durch noch mehr „Hartz IV“ kompensieren. Denn sozialer Ausgleich, gute Ausbildung für alle, eine leistungsfähige Medizin für die ganze Bevölkerung ist die Basis für den Reichtum eines Landes. Und die Ausbildung der Kinder, die für das Gesamtsystem so wichtig ist, kann der ärmere Teil der Bevölkerung nicht aus eigener Kraft leisten [14, 15, 26, 27, 30, 31, 32, 33, 35]. Der Entzug von Steuersubstrat ist eine der Hauptursachen für die Problematik eines „armen“ Staats im Umfeld von unglaublich hohem privatem Reichtum, und das ist in Demokratien politisch um so schwerer zu vermitteln, als die Verschlechterung der sozialen Balance in Zeiten des leichten Geldes passiert ist. Wobei man in der Krise für die Banken offenbar jeden Fallschirm mobilisieren kann, für die oftmals sehr viel kleineren Probleme der Bürger, etwa bzgl. der Renovierung von Schulen oder die Bezahlung einer ausreichenden Zahl von Lehrkräften in Schulen, aber offenbar nicht.

Jede Lösung des Weltfinanzmarktproblems muss deshalb an dieser Stelle, an der Stelle einer gerechten weltweiten Besteuerung, ansetzen. Dem steht nun aber weltweit die bisherige Entgrenzung des Finanzsektors in Folge der Globalisierung in Form des digitalen Kapitalismus [11] gegenüber. Geld vagabundiert vergleichsweise unkontrolliert um den Globus, sucht nach immer höheren Renditen, setzt Regierungen unter Druck und entsteht fast aus dem Nichts. Größtes Wertschöpfungssegment wird dabei einerseits die Geldneu-

schöpfung bzw. die Kreditaufnahme durch Premium-Schuldner und die Nutzung der daraus resultierenden Möglichkeiten in der Realökonomie, andererseits die Vermeidung von Steuerzahlungen unter Ausnutzung komplexer internationaler Gesetzeslagen und der besonderen Möglichkeiten bestimmter Off-Shore-Finanzplätzen.

Ständige Vermehrung der Geldmenge über Verbriefungen und die Nutzung der Basel II-Möglichkeiten einerseits, andererseits die Effekte der Nutzung der internationalen Bilanzierungsrichtlinien (IFRS), die im Banksektor Standard ist, treiben diesen Prozess voran. Die Modifikationen der Finanzmarktregulierungen der letzten Jahre erlauben dabei vergleichsweise kleinen Gruppen von Premium-Akteuren die Generierung von Geld quasi aus dem Nichts durch neue Formen der Geldneuschöpfung unter Nutzung innovativer Finanzierungsinstrumente und bestimmter Formen von Schuldverschreibungen. Die Instrumente sind dabei so komplex, dass kaum einer – außer Insidern – sie versteht – schon gar nicht in ihrem Zusammenwirken.

Gleichzeitig ermöglicht die Verlagerung von Arbeit Gewinne bei wenigen zu Lasten hoher Verluste bei vielen. Dies führte zu teilweise „perversen“ Verhältnissen. Je mehr Mitarbeiter eines international operierenden Unternehmens entlassen wurden, desto schneller stieg zeitweise der Aktienwert, also die Marktkapitalisierung des Unternehmens [3, 11, 14, 30, 33, 41]. Die Führungskräfte profitieren vom Steigen des Aktienwertes, sie wurden letztlich also (via statischer Abhängigkeit) dafür honoriert, dass sie Mitarbeiter forciert auf die Straße setzen. Die entsprechenden Verlagerungen ins Ausland wurden lange Zeit auch noch steuerlich subventioniert. Die Beteiligung der Arbeitnehmer am Wachstum konnte so systematisch zurückgebaut, inflationäre Effekte auf diese Weise weitgehend verhindert werden. Mittlerweile kommt es zum Rückbau der Sozialsysteme in reichen Ländern, zu einer „Ausplünderung“ des Mittelstandes und zu erheblichen Reduktionen bei den Steuereinnahmen der Staaten, vor allem, wenn man die Steuereinnahmen um die Zinszahlungen des Staates vermindert.

Insgesamt ist dies eine Entwicklung, bei der die Stabilität durch immer größere Kurzfristigkeit gefährdet wird, auch zu Lasten der Zukunft. Allerdings besitzt diese Entwicklung den „Charme“, den hohe soziale Ungleichheit immer schon für bestimmte Vertreter der Eliten besitzt und der in der Literatur unter den Begriffen Prekarisierung bzw. Brasilianisierung diskutiert wird, verbunden mit einer zunehmenden Aushebelung der Demokratie [3, 14, 15, 33].

Die letzten zwei Jahrzehnte stellen eine Entwicklung dar, die ganz im Sinne bestimmter Vertreter der Elite abgelaufen ist: Leistung muss sich lohnen, Superboni für die vermeintlichen „Megawertschöpfer“ und Löhne unter 5 Euro die Stunde für einfache Dienstleistun-

gen (Säuberung, Gebäudebewachung etc.). Bei 5 Euro finden sich die Verlierer der Globalisierung, die nicht nur mit extrem geringen Löhnen konfrontiert sind, von denen Familien nicht leben können (Working-Poor). Zusätzlich werden sie auch noch mit der Drohung des weiteren Entzugs jeder staatlichen Hilfe konfrontiert, wenn sie es wagen sollten, die Annahme solch schlecht honorierter Arbeit zu verweigern.

III. Zur Rolle des Staates

(1) Die Staaten sind der letzte Anker

In der Krise ändert sich in der öffentlichen Debatte radikal und kurzfristig der Blick auf den freien Markt, der angeblich alles am besten kann. Der Unterschied zu den letzten Jahrzehnten könnte kaum größer sein. Wir erleben den Zusammenbruch einer Ersatzreligion, den Glauben an die Allzuständigkeit und Omnipotenz des Marktes. Der immer so gescholtene Staat wird wieder zum entscheidenden Akteur. Die Krise ist die Stunde der Exekutive. Die Regierungen, die zuvor von „kraftstrotzenden Investmentbanken“ gerne als „Bremsen“ und „Empfänger von Transfereinkommen“ charakterisiert, wenn nicht abqualifiziert wurden, waren nun die einzigen, die das System am Laufen halten konnten. Der Staat gibt Sicherheiten und bewahrt die „Superwertschöpfer“ vor dem Gang zum Konkursrichter. Der Staat sichert als eine Art letzte Instanz Kredite ab, er führt Eigenkapital zu und im Fall der Hypo Real Estate wird er in Deutschland fast zu seinem eigenen Rückversicherer.

Der Staat ist heute konfrontiert mit den Scherben, die aus der Marktideologie des freien Marktes resultieren, die behauptete, für jedes Problem die richtige Lösung zu finden, vor allem wegen der Effizienz des Wettbewerbs. Ganz abgesehen davon, dass der angeblich freie Markt nie frei war, sondern auf der Eigentumsseite strikt durchreguliert, frei allenfalls nur bzgl. der Nichtregulierung ökologischer, sozialer und kultureller Anliegen der meisten Menschen, und abgesehen davon, dass in der Wirtschaft selber global teilweise oligopolistische Verhältnisse herrschten, was dem Wettbewerb Grenzen setzte und damit selbst die Effizienzargumente teilweise aushebelte, ist immer zu beachten, dass Effizienz bestenfalls die „halbe Miete“ ist.

Man kann nämlich höchst effizient das Falsche tun, z. B. die Umwelt plündern, eine Asset-Blase generieren, Zukunftspotentiale zerstören und Risiken eingehen, um im Gegenzug kurzfristig „Cash“ für Akteure an zentraler Position zu generieren. Besonders beliebt ist es, Gewinne zu privatisieren und die Risiken zu sozialisieren - und das alles unter dem Banner des freien Marktes mit seiner angeblich überlegenen Allokationsintelligenz. Der

Höhepunkt der Absurdität in der Argumentation von „Effizienzeuphorikern“ ist dabei das dauernde Zitieren der vermeintlichen kollektiven Intelligenz der Weltfinanzmärkte, um diese vor Regulierung und Steuerabgaben zu schützen. Hat je jemand diese Intelligenz in Aktion erlebt? Und warum funktioniert die kollektive Intelligenz der Märkte der Realökonomie, obwohl kürzlich wieder die Mehrwertsteuer erhöht wurde?

Zur Effizienz muss komplementär auch die Effektivität treten [31], also die Ausrichtung des Ökonomischen an den Mehrheitsinteressen der Menschen. Und die Menschen legen vernünftigerweise über demokratische Konstruktionen fest, was ihnen wichtig ist, und zwar in Form von Regeln und Rahmenbedingungen an den Markt. Die Marktideologie darf also nicht der Demokratie diktieren, was die Menschen als Gemeinschaft für Ziele verfolgen dürfen, sondern die Demokratie gibt dem Markt Regeln und Rahmenbedingungen vor, um damit selbst gewählte Ziele, z. B. Balance, Gerechtigkeit und eine nachhaltige Entwicklung [6, 20, 36, 38, 42, 48, 55, 60, 61, 62, 63] in selbst gewählter Form zu verfolgen [8, 9, 20, 26, 35]. Von all dem ist auf globaler Ebene bisher nicht wirklich die Rede. Die Verhältnisse sind offensichtlich nicht nachhaltig - ganz im Gegenteil. Man hat zu Recht den Eindruck, dass die mittlerweile fast schon inflationäre Verwendung des wichtigen Begriffs Nachhaltigkeit vor allem einem Zweck dient – der Ablenkung von Zuständen, die in allen relevanten Dimensionen das genaue Gegenteil von nachhaltig sind.

An dieser Stelle ist interessant, was schon vor einiger Zeit Pascal Lamy, Generaldirektor der Welthandelsorganisation (WTO), und damit oberster Zuständiger des liberalisierten Welthandel zu dieser Grundsatzfrage gesagt hat:

„Nachhaltigkeit ist ein entscheidendes Ziel der WTO: Wenn wir auch auf Marktliberalisierung setzen, so braucht die den Markt lenkende unsichtbare Hand doch manchmal jemanden, der sich bei der Hand nimmt. Wichtig für das richtige Funktionieren von Märkten ist vor allem die volle Inkorporierung aller externen Kosten und Effekte in den Markt. Dafür ist die WTO ebenfalls verantwortlich. Es ist insbesondere darauf zu achten, dass die Regeln der WTO nicht die Implementation multinationale Umweltabkommen torpedieren“.

Genauso interessant ist, was Dominique Strauss-Khan, Direktor des Internationalen Währungsfonds, kürzlich zu der Frage äußerte, was er persönlich aus der aktuellen Krise gelernt hat:

Zunächst einmal, dass die Vorstellung falsch ist, der Markt könne sich selbst regulieren. Diese Idee wurde in den letzten 30 Jahren gepflegt, und sie ist gescheitert. Ich bin ein überzeugter Marktwirtschaftler, aber die Marktwirtschaft braucht Regeln, besonders im Finanzsektor. Eine zweite Lektion ist, dass wir kein funktionierendes Frühwarnsystem ha-

ben. Die dritte Lektion ist, dass wir das riesige Ungleichgewicht im Handel zwischen China und den USA abbauen müssen.

Bezüglich des Washington Konsens, auf den sich Anfang der neunziger Jahre Weltbank und IWF festgelegt hatten, der für die Politik aller sich entwickelnden Länder stereotyp Liberalisierung, Privatisierung und den Ausgleich der Staatshaushalte forderte, viele verschuldeten Länder in noch größere Probleme trieb und ihnen vorenthielt, was die USA und andere jetzt in ihrer Krise selber tun - und tun müssen, äußerte sich Dominique Strauss-Kahn wie folgt:

„Der Washington Konsens liegt weit hinter uns, denn wir haben viel aus Erfahrung gelernt. Der IWF fördert Konjunkturprogramme, wir bieten Hilfe mit geringeren Konditionen an und mit Konditionen, die mit den wirklichen Problemen eines Landes zu tun haben, nicht mit Dingen aus der Vergangenheit. Bei den aktuellen Hilfen für Ungarn und Pakistan zum Beispiel haben wir ausdrücklich höhere Defizite akzeptiert, um ein besseres soziales Netz zu finanzieren“.

Erfolgreich ist letztlich nicht der freie Markt, sondern die Ökosoziale Marktwirtschaft [22, 30, 31, 33, 38], die Wettbewerb mit einer klaren Regulierung und Förderung ökologischer, sozialer, kultureller Anliegen verbindet und dazu auch die entsprechenden Institutionen schafft. Wie der Nobelpreisträger und Entwicklungsökonom Amartya Sen kritisch in der Financial Times Deutschland vom 19.03.2009 ausführt [43], waren es die Anhänger eines unregulierten Kapitalismus, die uns in die Krise gestürzt haben, und zwar unter Umdeutung der klassischen ökonomischen Prinzipien, etwa Bezug nehmende auf Adam Smith:

Adam Smith predigte nicht den blinden Glauben in den Markt – der Vordeuter des Liberalismus betonte auch die Bedeutung von Werten und Institutionen

Ein wirklich tragfähiges Programm, das Programm einer sozialen Marktwirtschaft mit klarer Umweltorientierung hat die Welt als Ganzes aber bis heute nicht implementiert, schon gar nicht als Rahmen der Weltwirtschaft. Supranational hat einzig die Europäische Union eine Governance dieser Art und ist damit als Beispiel zu sehen [8, 14, 30, 38]. Dies auch deshalb nicht, weil es keine globale Demokratie gibt, die ein solches Regime rasch umsetzen würde [15]. Stattdessen leben wir in einer Welt souveräner Staaten, in der 20 % der Weltbevölkerung das Gesamtsystem völlig dominieren - ein aus demokratischer Sicht auf Dauer übrigens nicht akzeptabler Zustand. Das Gesagte gilt vor allem für die Ökonomie in globaler Hinsicht, mit verheerenden Konsequenzen für die ökologische Seite unse-

res Tuns, die Ressourcenseite, die Balance zwischen reich und arm und die Balance zwischen den Kulturen. Und das Gesagte gilt nirgendwo so sehr wie im Weltfinanzsektor.

Jetzt, wo das Kind in den Brunnen gefallen ist, muss der Staat nicht nur das Geldsystem stabilisieren, er muss zusätzlich im Sinne einer Keynes'schen Politik [18] für Nachfrage sorgen. Bildlich gesprochen: Der Staat sorgt ohnehin schon für Wasser (Geld), aber wenn die Pferde nicht trinken wollen (z. B. wegen mangelndem Vertrauen in die Zukunft), dann muss der Staat auch noch für das Trinken der Pferde sorgen. Dass dabei gigantische Fehlallokationen drohen, ist offensichtlich.

(2) Leitlinien für Regierungshandeln in schwierigen Zeiten

Es ist dies die Zeit der Exekutive. „Wenn es brennt, muss man löschen“. Daneben steht der Umbau des Systems an. Beides muss in Form einer Doppelstrategie [33] simultan geleistet werden. Bisher haben die Regierungen konsequent gehandelt, und das in dieser komplexen Situation mit einem vergleichsweise kleinen Personalstock an Fachleuten. Zentral ist zunächst das Ziel einer deutlich besseren Regulierung des Weltfinanzsystems. Dieses wird zurzeit auf G20 Ebene verhandelt. Dabei liegt ein wesentlicher Fortschritt gegenüber der bisherigen Situation allein schon in der Verbreiterung der Gruppe der Beteiligten dieser Verhandlungen im Verhältnis zu der früher allzuständigen G8. Erforderlich sind heute u. a. Korrekturen bei Basel II (Obergrenze bei Kredithebeln), bei Verbriefung (mehr Transparenz) und bei den internationalen Bilanzierungsrichtlinien (weniger Selbstverstärkung von Trends). Alle diese Themen sind heute auf der Agenda der G20 Verhandlungen – zum Glück. Hinzukommen sollte eine Besteuerung von Finanztransaktionen (Tobin-Abgabe) und Veränderungen in der Honorierung von Führungskräften über Boni (zeitliche Streckung etc.). Erforderlich ist parallel hierzu eine finanzielle Stärkung zurückliegender Länder, die z. T. sehr und unverschuldet unter der jetzigen Krise leiden, und ein tragfähiges Klimaregime (Kyoto II), das auch Querfinanzierung zurückliegender Staaten beinhalten muss.

Neben der Unterstützung des Bankensektors, der als systemisch unverzichtbarer Akteur unbedingt intakt gehalten werden muss, und neben der Ausweitung der Bankfunktion der Nationalbanken versuchen Regierungen, wie die deutsche, auch direkt die Nachfrage zu stimulieren, und zwar, wie angedeutet im Sinne einer Keynes'schen Politik [18]. Wie soll man vorgehen? Die Regierungen überlegen, wo sie vernünftigerweise das Geld ausgeben können. Die Aktivitäten sollen einen großen Hebel haben. Sie sollen im Sinne von Investitionen zukünftige Rückflüsse erschließen, sie sollen Arbeitsplätze schaffen und die

„Binnenkonjunktur“ stärken. All dies ist „vermintes Gelände“ und eine schwierige Herausforderung – wirklich keine einfache Aufgabe.

(3) Ökosoziale Marktwirtschaft als Zukunftschance

Wo liegt für die Zukunft ein Ausweg? Als Ausweg erscheint einzig der ökosoziale und im Kern ordoliberalen Ansatz regulierter Märkte, wie er für Europa (soziale Marktwirtschaft) und einige große asiatischen Volkswirtschaften (Netzwerkökonomien) typisch ist [2, 8, 14, 22, 30, 38]. Und zwar getreu der Überlegung, dass in der Planwirtschaft die Politik den Markt ersetzt – was nicht funktioniert, und im Marktfundamentalismus die Wirtschaft die Politik – was genauso wenig funktioniert. Wir brauchen stattdessen Balance, d. h. eine Politik, die die Regeln definiert (Effektivitätsfragen, Gerechtigkeit, Umweltschutz, Weltethos, nachhaltige Entwicklung) und eine Wirtschaft, die für Effizienz und Entfaltung individueller Potentiale sorgt. Dabei wird anerkannt, dass die Politik nicht ausreichend für Effizienz sorgen – daher Marktwirtschaft. Aber der Markt kann ebenso wenig die Regeln setzen – daher Demokratie und ökosoziale Regulierung. Dieses auf nationalstaatlicher Ebene unbestritten beste System gilt es nun im Rahmen der Weltökonomie auf globaler Ebene zu etablieren und geeignet fortzuentwickeln.

Bundeskanzlerin Angela Merkel und ihrer Regierung kommt das Verdienst zu, diese Position, die seit Jahren durch den Club of Rome, das Ökosoziale Forum Europa, die Global Marshall Plan Initiative, den Bundesverband für Wirtschaftsförderung und Außenwirtschaft (BWA), das Global Economic Network (GEN) und viele Partnerorganisationen vertreten wird, wie kein anderer Regierungschef international ins Zentrum der Debatte gerückt zu haben. So hat sie auf dem Weltwirtschaftsforum im Februar 2009 in Davos erneut die Soziale Marktwirtschaft mit klarer ökologischer Orientierung als Richtschnur für die Ordnung der Weltwirtschaft vertreten. „Die soziale Marktwirtschaft muss zum wesentlichen Element einer Global Governance werden“. Die Kanzlerin hat dieser Idee eine große Schubkraft gegeben, wie schon zuvor bei ihren Eröffnungsreden beim Weltwirtschaftsforum in Davos 2006 und 2007. Sie hat des Weiteren eine Charta Nachhaltigen Wirtschaftens gefordert. In diesem Zusammenhang hatte sie auch die Idee eines dem UN-Sicherheitsrat vergleichbaren Weltwirtschaftsrates bei den Vereinten Nationen ins Spiel gebracht.

Ein wesentlicher Schritt in die beschriebene Richtung war das Gipfeltreffen von Bundeskanzlerin Angela Merkel mit Spitzenvertretern von WTO, OECD, IWF, Weltbank und den Vereinten Nationen am 05. Februar 2009 in Berlin. Unter dem Arbeitsthema „Globale Lö-

sung für die globale Krise“ haben die Teilnehmer des Treffens eine Charta für nachhaltiges Wirtschaften gemäß der Formulierung von Frau Merkel auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos gestützt. Eine wesentliche Kernaussage lautete:

„Die Marktwirtschaft ist "Garant für wirtschaftliches Wachstum". Sie braucht jedoch Regeln, die Marktexzesse verhindern und künftigen Krisen entgegenwirken. Staaten und internationale Organisationen können solche Regeln gemeinsam entwickeln.“

Mit der Umsetzung der oben diskutierten Vorschläge, letztlich mit der schrittweise Implementierung einer weltweiten Ökosozialen Marktwirtschaft würden im Rahmen eines Weltvertrages [9] Forderungen eines Weltethos und des interkulturellen Humanismus [2, 20] umgesetzt zu einer Form von Weltinnenpolitik mit weltdemokratischem Charakter, wie sie von C. F. von Weizsäcker immer wieder thematisiert wurde [55].

Einen aktuellen Ansatz, einen solchen Weg weltweit zu befördern, stellt ein Global Marshall Plan [32] dar, der Strukturbildung und Durchsetzung von Standards mit der Co-Finanzierung von Entwicklung verknüpft. Auf Institutionsseite argumentiert diese Initiative seit langem konsequent für die Integration der internationalen Ordnungsregime [32], so wie dies auch Frau Merkel propagiert. Die Idee eines Global Marshall Plan geht u. a. auf den früheren US Vizepräsident und Friedensnobelpreisträger Al Gore [12, 13] zurück, der sich hierzu wie folgt geäußert hat:

„Wir brauchen heute einen Global Marshall Plan, um die Welt zu retten und Milliarden besitzlosen Menschen die Möglichkeit zu geben, wirklich an der Wirtschaft teilzuhaben. Bedenken Sie, dass das Richtige richtig bleibt, auch wenn niemand das Richtige tut. Und das Falsche falsch bleibt, auch wenn alle es tun.“

Dass bei der Überwindung der Armut viel geleistet werden kann, hat niemand besser gezeigt als der Ökonom und Friedensnobelpreisträger 2006, Muhammad Yunus aus Bangladesh, Erfinder der Kleinkreditbanken für die Ärmsten (Grameen Bank) und heute starker Vertreter der Idee des Social Business [48, 61, 62, 63]. Yunus sieht gute Chancen, die Armut innerhalb von 30 Jahren weltweit völlig und für immer abzuschaffen. Zwei wesentliche Zitate folgen:

„Die Frage ist nicht ob die armen Menschen kreditwürdig sind, sondern ob die Banken menschenwürdig sind“, sowie „Die Gründe für die Armut liegen in der Institution, nicht in den Menschen. Wir brauchen ein anderes Weltwirtschaftssystem.“

Die Europäische Union beweist in ihren Erweiterungsprozessen permanent die Leistungsfähigkeit des ökosozialen Ansatzes [8, 30], der auf dem Prinzip „Querfinanzierung gegen die Akzeptanz abgestimmter Standards“ basiert und der sich im Regionalen in den letzten Jahren durchaus auch in den alten EU-Ländern, z. B. auch Deutschland und Österreich, positiv ausgewirkt hat. International sei ebenso auch auf das erfolgreiche Montrealer Protokoll verwiesen, das nach derselben Logik vereinbart wurde [9]. Das heißt, mit dem Montrealer Protokoll erfolgte der Schutz des Ozonschirms der Erde durch entsprechende internationale Abkommen, die die Nutzung mehrerer Klassen von chemischen Substanzen, insbesondere FCKW-haltiger Substanzen, die die Ozonschicht bedrohten, immer stärker begrenzten. Die Zustimmung der sich entwickelnden Länder zu einem entsprechenden Abkommen wurde dadurch gesichert, dass die entwickelten Länder alle Umstellungskosten auf alternative technische Lösungen getragen haben.

Das europäische Modell ist in dieser Logik der wohl einzige erfolgversprechende Ansatz für Friedensfähigkeit und eine nachhaltige Entwicklung für den Globus [7], ganz im Sinne eines Global New Deal. Auf einen solchen Global New Deal setzten in ihrem Treffen am 03.03.2009 auch US-Präsident Obama und der britische Premier Brown:

„Wir glauben an freie Märkte, ... damit Unternehmen und Geschäfte gedeihen, aber ... es braucht auch ein ausreichendes Regulierungssystem, damit die Märkte nicht außer Kontrolle geraten. Dazu gehört auch eine stärkere Regulierung der Finanzmärkte.“

Die ökosoziale Marktlogik steht in klarem Kontrast zu dem marktradikalen Modell der Entfesselung der Ökonomie (Turbokapitalismus) ohne die weltweit verbindliche Durchsetzung einer Verantwortung für die Umwelt und das Soziale. Dabei ist zu beachten, dass es den Marktfundamentalisten gelungen ist, ihre Position über manipulierte Bilder tief in den Gehirnen vieler Menschen zu verankern.

Glücklicherweise erodiert die beschriebene Dominanzposition angesichts der Markt-Desaster, die in jüngerer Zeit weltweit sichtbar wurden. Dies schlägt sich mittlerweile auch in den Wirtschaftswissenschaften nieder. Bzgl. des „Missbrauchs“ bzw. bzgl. „tendenziöser Fehldeutungen“ der Aussage des Freihandelstheorems von Riccardo, einem Mantra der Marktfundamentalisten und Freihandelseuphoriker, sei z. B. auf die jüngst erfolgten Relativierungen durch die beiden Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaften, Paul A. Samuelson und Joseph E. Stiglitz hingewiesen [39, 50, 51].

Begründungen für die Überlegenheit einer Ökosozialen Marktwirtschaft gegenüber dem Marktfundamentalismus werden offensichtlich, wenn man die systemischen Voraussetzun-

gen von Wohlstand herausarbeitet. Diese sind in einer bestimmten Interpretation [26, 33]:

1. ein gut funktionierendes, leistungsfähiges Governance-System
2. exzellent ausgebildete und geeignet orientierte und motivierte Menschen (dies betrifft insbesondere: Bildung, Gesundheit und Altersgestaltung als Kernfrage des Sozialen)
3. hervorragende Infrastrukturen auf internationalem Niveau
4. ein hervorragender Kapitalstock
5. Zugriff auf benötigte Ressourcen
6. eine leistungsfähige Forschung und international konkurrenzfähige Innovationsprozesse
7. ein leistungsfähiges Geld- und Finanzsystem
8. eine enge Einbettung der Unternehmen und Menschen in weltweite Wertschöpfungsnetzwerke

Diese Sicht gibt eine Orientierung, worauf weltweit zu achten ist [33]. Weltweit muss man tun, was in guten Staaten funktioniert, nicht, was noch nie in einem Staat funktioniert hat. Die Welt könnte viel reicher sein. Verwiesen sei hierzu auf die Zukunftsformel $10 \sim > 4:34$ des Autors [29]. Sie besagt im Wesentlichen, dass die Welt bei richtiger Vorgehensweise und nach Etablierung geeigneter Ordnungsstrukturen für die Weltwirtschaft in etwa 70 Jahren 10-mal so reich sein kann wie heute, wobei die heute reiche Welt etwa 4-mal so reich und die sich heute entwickelnden Länder etwa 34-mal so reich sein können. Die Bevölkerung in den ärmeren Teilen wächst dabei um etwa 50 %. Die Größe der Menschheit wird dann ab 2050 von einem Plateau von etwa 10 Milliarden Menschen aus kontinuierlich abzuschmelzen. Die soziale Balance auf dem Globus entspricht dann in etwa derjenigen heute in Europa. Und die soziale Balance ist der Schlüssel für ein adäquates reproduktives Verhalten. Die Ressourcenknappheit wird in den diskutierten Zukunftsszenarien durch entsprechende Rechtezuordnungen, Preisentwicklungen, neue Technologien und resultierende veränderte Lebensstile bewältigt. Der zukünftige Lebensstil wäre dann sehr viel weniger ressourcenintensiv als heute. Ressourcenintensive Güter und Services werden deutlich teurer. Hochwertige, kreative Dienstleistungen werden im Gegenzug sehr viel preiswerter. Es ist keine Frage, dass im Rahmen des doppelten Faktor 10 und im Rahmen einer Entwicklung gemäß Zukunftsformel sich auch die Probleme auf der Weltfinanzseite kontrolliert würden überwinden lassen.

IV. Was bringt die Zukunft?

(1) Die Verschuldung der Staaten als das Hauptproblem

Wie geht es mit der Weltfinanzkrise weiter? In einer von Dirk Solte publizierten gründlichen Analyse [45] hat das FAW/n die Weltfinanzkrise vorausgesagt. Begründung dafür war die Identifikation von Mechanismen, die zu einer immer höheren Verschuldung der Staaten führen. Dabei hat sich eine selbstlaufende, sich selbst verstärkende Mechanik entfaltet. Werden diese Prozesse nicht gestoppt, würde das für die USA zur Folge haben, dass schon in weniger als 20 Jahren die gesamten Staatseinnahmen zur Zahlung von Zinsen auf Staatsschulden gebraucht würden – in der Sache unmöglich. Schon in etwa 10 Jahren würde etwas passieren müssen, um den drohenden Staatskollaps zu verhindern. In Europa hätte sich der Prozess ein paar Jahre länger hingezogen, wäre aber prinzipiell demselben Muster gefolgt. Die Situation hat sich mittlerweile gegenüber den genannten Überlegungen dramatisch verschärft. Denn die temporäre und partielle Stabilisierung der Finanzmärkte durch von der Sache her unvermeidliche Interventionen der Staaten geht einher mit einer extremen zusätzlichen Neuverschuldung eben dieser Staaten.

Das Dilemma ist dabei, dass sich hoch verschuldete Staaten ein weiteres Mal verschulden müssen, obwohl schon die bisherige Verschuldung und deren Dynamik über die nächsten 10 Jahre große Probleme nach sich ziehen würden. Es droht eine Finanzkrise II, nämlich die Insolvenz der Staaten, und erste Anzeichen dieser Gefahr sind heute schon zu sehen, nämlich an den Risikozuschlägen, die einzelne Staaten, auch in Europa, akzeptieren müssen, wenn sie sich am Kapitalmarkt Geld leihen wollen. Potentiell kann dies völlig unkontrollierbare Konsequenzen zur Folge haben, wahrscheinlich schon in weniger als 10 Jahren. Die aktuelle Situation ist hochriskant. Was sollen die Regierungen tun?

Unvermeidbar steht in Zukunft jedenfalls der Abbau der exorbitanten Staatsverschuldungen weltweit an. Dieses Thema behandelt Dirk Solte in der Folgepublikation [46] zu der oben genannten Publikation [45], in der die jetzige Krise vorhergesagt wurde. Die Entschuldung der Staaten wird aber im Unterschied zu den „naiven“ Vorschlägen mancher Marktfundamentalisten nicht durch noch mehr „Hartz IV“ erfolgen, wie oben schon beschrieben wurde. Denn das ist in Demokratien schon im politischen Prozess nicht durchhaltbar, geschweige denn im Konkreten mit den Menschen. Viel wichtiger ist deshalb die adäquate Besteuerung aller grenzüberschreitenden Wertschöpfungsprozesse und die „Einhegung“ der sogenannten Steuerparadiese. Teilweise geht es dabei in diesen Paradiesen bei einer angestrebten Kontrolle auch noch um mehr als nur um die Sicherstellung von Steuerzahlungen. Es geht auch um die Verhinderung von Bilanzbetrug, um die Klärung der Eigentumsverhältnisse, um Compliance etc. Viel zu viel in der Weltöko-

nomie passiert heute off-shore und off-sheet, fast im rechtsfreien Raum. Das muss ein Ende haben.

Die jüngsten Aktionen der USA und europäischer Regierungen, z. B. gegen Liechtenstein, haben nun erste Schritte in die richtige Richtung in Gang gesetzt, ebenso der jüngste Erfolg der USA bzgl. des Schweizer Bankgeheimnisses in Verbindung mit den Geschäften der UBS in den USA. In diesen Aktionen wird auch deutlich, wie groß die Finanzierungsprobleme der Staaten mittlerweile sind. Es sind aber auch die EU-internen Missstände, etwa die inadäquate Regulierung bzgl. der britischen Kanalinseln, rasch zu bereinigen. Alt-bundeskanzler Helmut Schmidt, ein Weltökonom von Rang, fordert im Fall der Kooperationsverweigerung solcher Steuer-, Bilanzierungs- und Eigentumsverschleierungs-oasen schon lange das Abkappen aller informationstechnischen Verbindungen [40]. Dies ist auch Teil eines Programms aus 6 Forderungen, die er am 15.01.2009 in der ZEIT zur Überwindung der aktuellen Krise auf den Finanzmärkten formuliert hat.

(1) Alle privaten Finanzinstitute (inklusive Investmentbanken, Hypothekenbanken, Investment- und Pensionsfonds, Hedefonds, Equity Trusts, Versicherungsgesellschaften etc. und alle marktgängigen Finanzinstrumente werden derselben Banken- und Finanzaufsicht unterstellt.

(2) Die Banken- und Finanzaufsicht legt für alle Branchen der privaten Finanzinstitute Eigenkapital-Minima fest.

(3) Den Finanzinstituten werden jegliche Geschäfte außerhalb der eigenen Bilanz (und der Gewinn-und-Verlust-Rechnung) verboten und unter Strafe gestellt.

(4) allen Finanzinstituten wird bei Strafe der Handel mit solchen Finanzderivaten und -zertifikaten verboten, die nicht an einer anerkannten Wertpapierbörse zugelassen und notiert sind.

(5) Es wird allen Finanzinstituten bei Strafe verboten, per zukünftigen Termin Wertpapiere und Finanzinstrumente zu verkaufen, die sie zurzeit des Verkaufes nicht zu eigen besitzen. Damit wird die Spekulation auf fallende Kurse (Shortselling) erschwert.

(6) Finanzeinlagen und Finanzkredite zugunsten solcher Unternehmen und Personen, die rechtlich in Steuer- und Aufsichts-oasen registriert sind, werden bei Strafe verboten.

Sieht man (aus Sicht des Autors) von notwendigen Präzisierungen und Kategorisierungen bezüglich (5) und bezüglich (6) von geeigneten Übergangsfristen und internationalen Absprachen ab, ist das zielführend. So hat sich auch der Bundesverband für Wirtschaftsförderung und Außenwirtschaft (BWA) zu diesen Vorschlägen geäußert. Vieles davon wird mittlerweile auf G20 Ebene diskutiert.

Die letzten Tage und Wochen haben eine enorme Dynamik der Entwicklung im Bereich der Steuerparadiese erzeugt. Manches, was vor 6 Monaten noch undenkbar erschien, ist mittlerweile gelungen. Zumindest sind die Tabus um diese Themen aufgebrochen worden – ein stillschweigender Konsens bestimmter Eliten ist in sich zusammengebrochen. Das Bankgeheimnis in seiner strikten, bisherigen Form wird es in Europa, und wohl auch weltweit, künftig nicht mehr geben. Nach etlichen Steueroasen haben zwischenzeitlich die Schweiz als einer der wichtigsten Finanzmärkte der Welt, Luxemburg und Österreich, die alle eine spezifische Politik der Abschirmung von Informationen im Bankbereich verfolgt haben, erklärt, dass sie künftig bei Steuerhinterziehung Amts- oder Rechtshilfe leisten werden. Unter den (großen) Industriestaaten waren sie am Schluss noch die einzigen, die den internationalen Standard dafür nicht respektierten.

Innerhalb kurzer Zeit sind damit Bastionen gefallen, gegen die die USA und Europas große soziale Demokratien jahrzehntelang angerannt waren. Ähnliche Zusagen hatten in den vergangenen Tagen bereits Singapur, Honkong, Belgien, Andorra und Liechtenstein abgegeben. Steuerflucht in Form nicht deklarerter Vermögen kann nun wohl zukünftig auf der Ebene eines begründeten Verdachts über den Weg der Amtshilfe, zugegebenermaßen eine mühselige Prozedur, fast flächendeckend überwacht und verfolgt werden. Das betrifft allerdings nur Teile der Gesamtthematik, ist aber ein erster Schritt. Die Schweiz, Österreich und Luxemburg, in denen hunderte Milliarden Euro an un versteuertem Geld aus dem Ausland vermutet werden, haben sich in letzter Minute bewegt. Sie liefen sonst Gefahr, auf die Schwarze Liste zu geraten. Die drei Staaten erklärten sich bereit, ein Mindestmaß an internationaler Zusammenarbeit in Steuerfragen, den sogenannten OECD-Standard, zu akzeptieren [52]. Was immer noch fehlt ist die Einhegung der britischen Kanalinseln.

Wieso hat es so lange gedauert, bis dieser Schritt erreicht wurde? Nicolas Richter von der Süddeutschen Zeitung schreibt am 13.03.2009 in eindrucklicher Formulierung hierzu treffgenau:

„Wie immer in den internationalen Beziehungen war auch dieser Dammbbruch das Ergebnis einer höchst ungewöhnlichen Kette von Ereignissen. Der erste Überall auf das scheinbar unverwüstliche Hinterziehungsgeschäft kam von innen. Der Liechtensteiner Datendieb Heinrich Kieber offenbarte, in welchen Ausmaß vermögende Deutsche die Vaduzer Verschleierungsdienste genutzt hatten. Gleichzeitig überführten die USA den Berater Bradley Birkenfeld; er verriet, wie die Schweizer Bank UBS amerikanische Hinterzieher regelrecht umworben hatte, wie die Vermögenden in Zürich ihre Bankauszüge sichteten und sofort dem Schredder zuführten, wie Berater ihre Kunden von Telefonzellen aus anriefen, um keine nachweisbaren Spuren zu hinterlassen. Die Banken erschienen nicht nur als Gehilfen, sondern als Anstifter mit großer krimineller Energie. So löste sich der moralische

Lack, mit dem sich die Steueroptimierungs—Industrie jahrlang gegen Kritik imprägniert hatte. Banken und Treuhänder tun gerne so, als seien sie die letzten Aufrichtigen, die dem allmächtigen, allesfressenden Staat Einhalt gebieten würden. Der Kunde macht demnach von seinem Menschenrecht Gebrauch, sein Eigentum zu verteidigen.

Es ist eine skurrile Argumentation, weil dieses vermeintliche Menschenrecht auf Steuerhinterziehung nur denjenigen zusteht, die eh schon genug Geld haben. Ein Luxusrecht für Betuchte, das in Wahrheit nicht anderes ist als eine Straftat, zum Schaden der Allgemeinheit. Ferner rühmt sich die Branche damit, dass sie das Vermögen und die Privatsphäre Rechtschaffener schütze, die in Polizeistaaten und in korrupten Landstrichen leben. Allerdings grassiert die Korruption in der Dritten Welt auch deswegen, weil es die Mächtigen dort immer leicht hatten, ihre Beute in irgendeiner Oase zu versenken.

Trotzdem konnte sich die Welt jahrzehntlang nicht darauf einigen, das subversive Geschäftsgebaren einzudämmen. U. a. war die Haltung der Regierungen gegenüber Tarnstaaten Teil einer größeren politischen Auseinandersetzung. Aus Sicht etlicher amerikanischer Konservativer sind die Caymans dieser Welt geradezu leuchtende Vorbilder: wenig Steuer, wenig Staat, und damit ein Gegenentwurf zu jenen linksregierten Ländern, die immer mehr ausgeben und dafür ihre Bürger ausplündern. Nach dieser Argumentation haben Steueroasen einen globalen Wettbewerb entfacht, der alle Großen zu Steuersenkungen zwang. Von einem fairen Kräftemessen der Systeme kann allerdings keine Rede sein, wenn eine Rechtshilfe verweigert wird, die bei jeder anderen Straftat selbstverständlich ist. Jetzt will es der Zufall, dass sich Wortführer in Europa (SPD-Finanzminister Steinbrück) und Amerika (der demokratische Präsident Obama) darin einig sind, mit der Vertreibung aus den Steuerparadiesen zu beginnen.

Den letzten Ausschlag hat jetzt noch die Finanzkrise gegeben. Sie hat das Vertrauen in die Integrität und die Kompetenz der Bankenbranche geradezu demoliert, weswegen nun solch unterschiedliche Regierungen wie die der G20 Staaten versuchen, das internationale Finanzwesen neu zu regeln. Die Bereitschaft, Banken gewähren zu lassen, ist so gering wie die Toleranz für windige Geschäftsmodelle auf Kosten des Gemeinwesens. Außerdem brauchen alle Staaten jetzt so viel Geld, dass sie sich keine Einnahmen mehr entgehen lassen wollen.“

So erfreulich die beschriebene Entwicklung ist – es ist noch viel zu früh für Entwarnung. Denn das wichtigste ist meistens das „Kleingedruckte“. Hier sind jetzt erst einmal große Anzahlen von Doppelbesteuerungsabkommen neu zu verhandeln, wie es die Schweiz bereits angekündigt hat. Was am Ende auf Detailebenen dabei herauskommt, bleibt abzuwarten – entscheidend ist, wie immer, das „Kleingedruckte“. Und dann kommt ein an-

ders hinzu. Steuerparadiese sind Teil einer größeren Thematik, nämlich der fairen Einbeziehung aller Wertschöpfungsprozesse in die Finanzierung der systemischen Voraussetzung zur Ermöglichung der Produktion von Wohlstand. Extrem niedrige Steuern in einzelnen Oasen sind etwas anderes als das Thema des Bankgeheimnisses, Und hierzu gibt es bisher noch fast gar keine Diskussion, geschweige denn Vorschläge und Aktivitäten. Und grenzüberschreitende Steueroptimierung ist ein weiteres Feld, auf dem sich die Fortschritte in Richtung einer gleichmäßigen Besteuerung leider nur sehr langsam einstellen, selbst innerhalb der Staaten der EU, auch wenn dies Thema mittlerweile zumindest in Zusammenarbeit mehrerer europäischer Staaten adressiert wird [16, 17]. Da wartet noch viel Arbeit auf die Staatengemeinschaft, wenn das nachfolgend beschriebene Programm (IV.2) wirksam werden soll.

(2) Hat die Durchsetzung einer adäquaten Besteuerung auf den globalen Märkten vom Volumen her das Potential, wesentlich zur Entschuldung der Staaten beizutragen?

Sind Steueroasen und grenzüberschreitende Steueroptimierung „Nebenkriegsschauplätze“ oder zentrale Themen der aktuellen Krise und ihrer Bewältigung? Es sind zentrale Themen. So wie der Umfang der Credit Default Swaps jede Vorstellungskraft sprengte, so gilt dies auch für die Umfänge nicht gezahlter Steuern, auf Ebene der Weltwirtschaft, die fairerweise zu zahlen wären – und zwar von Wenigen, die bisher zu Lasten der anderen operieren. Es gibt hierzu Schätzungen, dass in den Steueroasen den Staaten der Welt Steuerzahlungen in Höhe etwa 500 Mrd. Dollar pro Jahr verloren gehen. Bei grenzüberschreitenden Steueroptimierungen geht es um etwa dieselbe Größenordnung. Beide Themen sind teilweise miteinander verknüpft bzw. überlagern sich. Aber ein Gesamtvolumen von 700 bis 800 Mrd. Euro ist nicht unrealistisch. Es gibt noch eine andere interessante Rechnung. Wie in [45] dargestellt gibt es weltweit etwa 20 große Trusts, die nachfolgend aufgelistet sind, die Assets in der Größenordnung von 40.000 Mrd. Dollar aktiv verwalten.

Important "Institutional Investors"

- BNY Mellon
- State Street Global Advisors / State Street Corporation
- Northern Trust
- Barclays Global Investors / Barclays PLC
- Fidelity Investments
- Capital Group Companies
- The Vanguard Group
- J P Morgan (several funds)
 - T. Rowe Price
 - Goldman Sachs
 - Legg Mason
- Merrill Lynch / BoA
 - AXA Group
- Alliance Bernstein
 - Black Rock

Sovereign wealth funds

- ADIA (United Arab Emirates)
- GIC and TEMASEK (Singapore)
- CIC (China)

Estimated "Assets under custody":	100 trillion \$
Estimated "Assets under management":	40 trillion \$
Total financial assets (worldwide):	200 trillion \$
Central bank money:	4 trillion \$

Würde auf unterstellte 5 Prozent Rendite auf diese Assets auch nur 20 Prozent mehr Steuer pro Jahr als bisher durchgesetzt, wären das ebenfalls weitere 400 Mrd. Dollar im Jahr an zusätzlichen Steuereinnahmen der Nationalstaaten insgesamt. Auch diese Summen werden sich teilweise überdecken mit den oben genannten Summen nicht gezahlter Steuern in der Folge internationaler grenzüberschreitender Steueroptimierungsprozesse und Steuermindereinnahmen in Verbindung von Finanzparadiesen, dürften aber dennoch die entsprechenden Summen spürbar weiter erhöhen.

Noch viel weiter gehende Erhöhungen von Steuereinnahmen auf nationaler und vielleicht noch wichtiger, globaler Ebene würden ohne zusätzliche Belastungen der nationalen ökonomischen Prozesse endlich erreicht werden können, wenn man weltweit Devisentransaktionen besteuern und eine substanzielle Mehrgeldsteuer auf die Generierung von Krediten erheben würde. In [45, 46] ist dargestellt, dass eine solche Mehrgeldsteuer in der Höhe von durchschnittlich einem Promille pro Jahr bereits über 100 Mrd. Steuern einbringen würde. Bei durchschnittlich 1 % wären das heute sogar 1 – 2 Billionen \$. Wo bei höhere Besteuerungsniveaus für solche Akteure vorzusehen wären, die wegen hoher Bonität besonders günstige Zinskonditionen erhalten. Wenn man das alles mit den beschriebenen anderen Mechanismen bzgl. Steuerparadiese und grenzüberschreitende Optimierung, incl. der Überlappungen zusammen sieht, geht es um einen Betrag von 2 – 3 Billionen Dollar im Jahr an zusätzlichen Steuereinnahmen im Bereich von Finanzdienstleistungen und globalen Transaktionen, die erreicht werden könnten, und zwar dadurch, dass attraktive weltweite Wertschöpfungsprozesse, die seit Jahren enorm von der Existenz staatlicher und internationaler Strukturen zur Ermöglichung von Wertschöpfung profitieren, aber kaum etwas zu deren Finanzierung beitragen, sich endlich adäquat beteiligen, so wie das Mittelständler einerseits und Manager, Angestellte und Arbeiter in vernünftig geordneten Ländern schon immer tun. Die hier angedeutete Größenordnung von 2 – 3 Billionen Dollar im Jahr, umgelegt auf die Staaten der Welt nach ihrem anteiligen BIP, würde für Deutschland (6,1 % Anteil am weltweiten BIP), z. B. einen Betrag von etwa 125 – 180 Mrd. Dollar im Jahr bedeuten, ein vielfaches der deutschen Neuverschuldung in normalen Jahren. Und insgesamt ist die Summe deutlich höher als der Gesamtumfang der jährlichen Neuverschuldung aller Staaten.

Mit den entsprechenden Beträgen könnten also Neuverschuldungen der Staaten nicht nur vermieden werden, es könnten Schulden abgebaut werden. Vorausgesetzt, es wird eine Haushaltsdisziplin erreicht, die ihrerseits sicherstellt, dass die zusätzlichen Volumina dann einmal allenfalls in neue öffentliche Ausgaben übersetzt werden, wenn die Entschuldung erfolgt ist. Alternativ kann man nach Entschuldung dann auch die Steuern weiter senken.

Um es anders auszudrücken, hier deutet sich ein Kompromiss an. Die Situation, wie sie sich heute darstellt, kann im Verlauf der nächsten 10 Jahre zum Finanzkollaps der Staaten führen – entweder Zahlungsunfähigkeit oder totale Überschuldung. Diese Situation ist in ihrer ökonomischen und politischen Folge für die Halter der großen Assets auf diesem Globus keine Perspektive. So wenig wie für die Menschen dieser Staaten. Die Menschen in den großen Demokratien haben die Möglichkeit politisch durchzusetzen, dass die Krise nicht allein auf ihrem Rücken ausgetragen wird. Wie im Weiteren beschrieben, haben die Staaten alternativ noch andere Möglichkeiten sich zu wehren als die immer weitergehende Verschlechterung der sozialen Balance. Dieses Drohpotential sollte die Voraussetzungen

verbessern, sich mit den Haltern der größten Assets auf die nötigen Maßnahmen zu verständigen. Hier geht es um die Durchsetzung einer adäquaten Besteuerung auf globaler Ebene und das ist kein „Peanuts“-Thema, wie manche es uns einreden wollen, das ist, wie dargestellt, der Schlüssel zu einer gedeihlichen Zukunft.

(3) Hyperinflation oder Währungsschnitt

Was passiert, wenn der in IV (2) beschriebene Weg zur Entschuldung der Staaten nicht getan wird. Viele befürchten in dieser Situation eine Hyperinflation, aber dafür ist im Moment aus Sicht des Autors kein Anlass zu sehen. Die inflationsdämpfenden Kräfte des weltweiten Wettbewerbs in Form der preiswerten Arbeitskräfte in den aufholenden Ländern und in Form der enormen Möglichkeiten der Informations- und Kommunikationstechnik zur weiteren Kostensenkung, sind weiter aktiv. Wir haben zudem weltweit enorme Überkapazitäten. Auch pumpen die Staaten zurzeit zwar viel Geld in die Wirtschaft, aber wegen der vorsichtigen Kreditvergabe der Banken ist die Geldmenge im Wesentlichen unverändert und die Wirtschaft schrumpft sogar, und das weltweit.

Es spricht deshalb wenig dafür, dass wir uns in dem Zustand einer Hyperinflation oder Stagflation hinein begeben, wenn die Notenbanken wachsam sind und bei Bedarf gegensteuern – zur Not auch mit völlig unkonventionellen Methoden, so wie ja auch in der aktuellen Krise unkonventionell gehandelt wird. Zu den Überlegungen, die speziell zu dieser Frage in [46] entwickelt werden, gehört die Folgende. Ein wesentliches Problem ist heute das Austrocknen der Kreditmärkte. Es gibt eine mangelnde Verfügbarkeit von hochliquiden Mitteln, insbesondere Zentralbankgeld. Banken, aber zunehmend auch immer mehr Unternehmen, horten auch das von der Zentralbank zusätzlich in den Markt gepumpte Zentralbankgeld. Es wird weder für Investition genutzt, noch gewähren sich die Akteure untereinander Kredit. D. h., das Geld läuft nicht um. Man wappnet sich vielmehr für schwere Zeiten. Gleichzeitig liegt aber in dem Horten der Liquidität das Potential, die im Rahmen sogenannter Notverkäufe (Firesales) immer wieder auf den Markt kommenden, realen Vermögenswerte billigst einkaufen zu können. Selbst wenn dies nicht das Hauptmotiv für das Horten von Liquidität ist, gefährdet dies die Stabilität des Gesamtsystems. Wichtig wäre es deshalb, die Situation so zu stabilisieren, dass wieder eine sinnvolle Umlaufgeschwindigkeit des hochliquiden Zentralbankgeldes ermöglicht wird. In [46] wird hierfür der Vorschlag unterbreitet, die Reservehaltung aller Weltfinanzmarktakteure hinsichtlich hochliquider Zentralbankgeldmittel geeignet zu begrenzen (Maximalreserve).

Die Auflösung der Schuldenpolitik ist aufgrund des Gesagten aus Sicht des Autors wahrscheinlich eine andere als Hyperinflation oder Stagflation. Die großen Staaten der Welt

einigen sich wahrscheinlich, wenn die Situation untragbar werden sollte, auf einen Währungsschnitt. Und sie tun das so konsequent, wie sie in der jetzigen Krise viele alte Prinzipien über Bord geworfen haben – weil anderes nichts mehr möglich war. Die Staaten einigen sich z. B. auf die Abwertung ihrer Schuldverschreibungen, z. B. auf die Hälfte oder ein Drittel. Im Besonderen die USA werden das Nötige tun, wenn es ernst wird. Und wer in der Welt würde sich ernsthaft dagegen wehren. Gegen die US-Armee wird keiner versuchen Eigentumsrechte irgendwo auf diesem Globus durchzusetzen. Und der Finanzkollaps der Staaten ist ohnehin für niemanden attraktiv. Und die Möglichkeiten früherer Tage, das Ausweichen irgendwo hin, das wird zukünftig nicht mehr gelingen, im Besonderen dann nicht, wenn die USA aus schierer Not selber an der konsequenten Durchsetzung einer „unkonventionellen“ Entschuldung der Staaten durch Besteuerung bestimmter weltweiter Wertschöpfungsprozesse und Arbeiten beteiligt sind.

Alle werden daher miteinander verstehen, dass die Stabilität des Systems noch wichtiger ist als die volle Bedienung alter Schulden. Und man braucht z. B. aus chinesischer Sicht den Partner USA noch für lange Zeit. Wenn man sich weiter entwickeln will, wird man deshalb eine Abwertung der Auslandsschuld akzeptieren, wenn es keine andere Lösung mehr gibt. Und vielleicht auch eine Differenzierung von Inlands- und Auslandsdollar. Technisch sind viele Möglichkeiten denkbar. Aber das alles gilt erst, wenn es keine andere Lösung mehr gibt. Und wenn alle zentralen Akteure das wissen, wird man eher den Kompromiss einer angemessenen Besteuerung aller globalen Transaktionen akzeptieren.

Noch einmal: Für die Zukunft ist zu erwarten, dass die zentrale Frage die Entschuldung der Staaten sein wird. Man wird dafür sorgen, dass es keine Fluchtoasen mehr gibt und man wird hierzu, falls erforderlich, alle solchen Oasen elektronisch abkoppeln. Die Entschuldung wird aus sachlichen Gründen nicht primär über einen weiteren Rückbau der so Balance (u. a. mehr „Hartz IV“) gelingen. Wenn überhaupt, dann über die systematische Einbeziehung aller relevanten Akteure in die Besteuerung, auch aller global operierenden Akteure. Sollte das aus irgendeinem Grund nicht gelingen, bleibt final betrachtet nur der Währungsschnitt. Wobei die einzige Frage sein wird, ob die USA, als das am höchsten verschuldete relevante Land und als mächtigster Akteur als Vorreiter zunächst alleine handeln oder ob wir innerhalb der reichen Länder oder auf der G 20 Ebene zu einem Konsens darüber kommen werden, was zu tun ist. Noch einmal: Die beste Lösung zur Überwindung der Krise ist sicher die adäquate Besteuerung aller weltweiten Wertschöpfungsprozesse.

V. Gibt es Hoffnung?

(1) Unsere Chance – ökosozial statt marktradikal

Die jetzige Krise beinhaltet – wie jede Krise – Chancen. Zumindest sind die Probleme jetzt auf dem Tisch. Die ungenügende Regulierung des Weltfinanzsektors war beim G8 Gipfel in Heiligendamm von den Kontinentaleuropäern schon adressiert worden. Damals weigerten sich, wie oben dargestellt, die USA und Großbritannien, das Thema überhaupt anzugehen. Mittlerweile sind wir weiter; der „Bagger steht im Wohnzimmer“. Jetzt muss gehandelt werden. Handeln bedeutet in diesem Fall bessere Regulierung, wie sie jetzt auf G20 Ebene endlich diskutiert wird. Um künftig Krisen des jetzigen Typs auszuschließen, sind die Finanzminister der G20 dabei, einen konkreten Maßnahmenkatalog zur Reform des Weltfinanzsystems zu entwerfen, dessen erster Teil Anfang April 2009 beim zweiten Weltfinanzgipfel der Staats- und Regierungschefs in London formell beschlossen werden soll. Für die Bundesregierung steht dabei das Ziel im Mittelpunkt, dass sich künftig kein Land, kein Akteur und kein Finanzmarktprodukt mehr der staatlichen Überwachung entziehen kann. Auch die Großbanken in aller Welt müssen sich auf strengere und umfassendere Kontrollen einstellen. So sind sich die G20 Staaten auf Arbeitsebene einig, dass die Institute nicht länger nur von ihren nationalen Aufsichtsämtern, sondern von einem international besetzten Aufsichtsgremium kontrolliert werden sollen. Diesem Gremium gehören Vertreter aller Länder an, in denen die Bank in größerem Stil tätig ist. In den diskutierten Reformen geht es um ein großes Paket von Maßnahmen. Ein aktueller Text von einschlägiger politischer Seite zeigt, wohin die Reise gehen kann [49].

Mit Bezug auf die in II.1 aufgelisteten 15 Risikofaktoren bzw. Wirkungsmechanismen ist folgendes angedacht:

- zu (1) strengere Restriktion bei der Vergabe von Hypothekenkrediten
- zu (2) Auflage für emittierende Banken bei Verbriefungen; z. B. Haltepflicht für bestimmte Anteile an den Verbriefungen
- zu (3) mehr Transparenz bei CDOs
- zu (4) strengere Regeln für CDS
- zu (5) strikte Verpflichtung für Banken, nur noch Geschäfte innerhalb ihrer Bilanz zu tätigen
- zu (6) Maßnahmen zur Beseitigung der Asymmetrien im Welthandel
- zu (7) Stabilisierungsverpflichtung der Staaten für systemrelevante Finanzmarktakteure
- zu (8) Modifikation von Basel II, insbesondere generelle Obergrenzen für Kreditsummen, die eine Bank gegen ein bestimmtes Eigenkapital generieren kann (unabhängig von der Bonität des Schuldners)

- zu (9) Modifikation internationaler Bilanzierungsstandards (IFRS) zur Minderung prozyklischer Effekte. Die entsprechenden Regelungen werden für den Bankensektor zunächst für zunächst 2 Jahre außer Kraft gesetzt
- zu (10) Streckung der Boni-Zahlungen von Managern über mehrerer Jahre
- zu (11) Qualitätsanforderungen und Überwachung im Bereich der Ratingsagenturen
- zu (12) Kontrollierung von Handelsplattformen
- zu (13) Regulierungen und Überwachungen von Hedge Fonds Der auf G20 Ebene dem nächst regelmäßig Einblick in ihre Bücher gewähren müssen
- zu (14) Strengere Risikoanforderungen bzgl. langfristiger Finanzierungen
- zu (15) eine noch stärkere Beobachtung der Aktivitäten aller Aktiven, vor allem auch mit Blick auf Insidergeschäfte

Letztlich braucht man eine weltweite ökosoziale Regulierung. Zu dieser gehört ganz wesentlich die gleichmäßige Besteuerung aller Wertschöpfungsprozesse. Im Besonderen das, was am meisten Geld bringt, muss auch entsprechend besteuert werden. Und überall müssen durchsetzbare Bilanzierungsstandards sowie Compliance Regelungen gelten.

(2) Die G20 hat eine hohe Verantwortung

Die G20, die beste Annäherung an eine Weltmarktdemokratie, die wir heute haben, verhandelt über die Zukunft des Weltfinanzmarkts und die Weltwirtschaft. Sie bieten in der jetzigen Lage ein Umfeld, aktiv zu werden. Aber wird es gelingen? Wie in [19] sehr schön herausgearbeitet wird, sind die Status Quo Kräfte und die „größten Plünderer“ meist sehr aktiv, auch und gerade in Krisen. Im Sinne einer Schockstrategie [19] nutzen Sie die „Paralyse“ der Meisten während der Krise, um ihre Vorstellung auf Basis schon lange verbreiteter Blaupausen blitzartig durchzusetzen. Sie sind immer besser organisiert und vorbereitet. Die einen bewältigen die „Schmerzen“ und Verwerfungen der Krise und thematisieren die Vergangenheit, die anderen nutzen die Krise offensiv in ihrem Sinne und setzen dazu während der Krise „brutal“ ihre Vorstellungen zu Lasten aller durch, ohne dass die Betroffenen dies überhaupt bemerken.

Zunächst einmal geben die bisherigen Verlautbarungen der G20 Hoffnung. Viel ist passiert. Tatsächlich könnte die G20 im günstigsten Fall noch weitergehen. Das ist heute ein Umfeld, in dem endlich über eine Devisentransaktionssteuer sowie einen Mehr- geldsteuer [46] geredet werden könnte. Solche Steuern bedeuten die Erhöhung der „Reibung“ in den Märkten. Sie ist zugleich eine Möglichkeit, die Informationslage zu verbessern, durchaus auch eine Möglichkeit, Geldmittel für weltweite Entwicklung freizusetzen. Die Branche wehrt sich, nachvollziehbar. Der oben schon erwähnte George Soros,

einer der erfolgreichsten Spekulanten aller Zeiten, argumentiert aber seit langem für eine Devisentransaktionssteuer, weil das System dringend mehr Reibung braucht. Und die Vorstellung von Gleichgewichtspreisen in hoch spekulativen Märkten hält er ohnehin für inadäquat. Eher handelt es sich um chaotische Strukturen, das jeder Spekulant rückgekoppelt mitbedenkt, was er über die Überlegungen anderer Spekulanten zu verstehen glaubt [47].

Es ist ein Glück, dass das Thema Steuerparadiese jetzt sehr weitgehend angegangen wird, ein gutes Ergebnis der Krise. Die konkreten Regelungen sind noch zu finden. Das kann schwierig werden. Aus Sicht des Schweiz sind zuvor Dutzende von Doppelbesteuerungsabkommen zu durchleuchten. Richtig ist: Es geht um Qualität, und aus Sicht von Staaten wie der Schweiz zu Recht auch um Vertrauensschutz. Aber mit Intelligenz wird man Lösungen finde. U. U. sogar mit Erhalt von Elementen eines Bankgeheimnis, wenn eine adäquate Quellbesteuerung auf jede Art von Wertschöpfung, also nicht nur bei Privatvermögen, vorgesehen wird. Bei Privatvermögen ist das schon gelungen. Jetzt geht es um Unternehmen, Stiftungen und Trusts. Weil nämlich Privatvermögen leicht in eine andere Struktur transformiert werden können. Will man das nicht, bleibt nur die völlige Aufhebung des Bankgeheimnisses, sobald ein konkreter Steuerhinterziehungsverdacht vorliegt. Die G20 hat viel Verantwortung. Vielleicht kann sie die Probleme lösen. Wenn nicht, droht, wie dargestellt, in weniger als 10 Jahren der finale Gau, die Insolvenz der Staaten, der Währungsschnitt.

Danksagung

Ich danke Herrn PD Dr. Dirk Solte (FAW/n) und Herrn PD Dr. Thomas Kämpke (FAW/n) für viele wichtige Hinweise und Anregungen zu dem vorliegenden Text. Dr. Solte danke ich insbesondere für Hinweise zur inhaltlichen Durchdringung der schwierigen Materie und für wertvolles Zahlenmaterial, das nur in mehrjähriger Arbeit und unter großen Schwierigkeiten erschlossen werden konnte.

Literaturhinweise

1. Bartmann, P., H. U. Buhl und M. Herst: Ursachen und Auswirkungen der Subprimekrise. Diskussionspapier WI-233, Universität Augsburg, Mai 2008 (erscheint in Informatik-Spektrum 32,2, 2009)
2. Bartosch, U., Gansczyk, K. (Hrsg.): Weltinnenpolitik 2007, LIT-Verlag, Münster, September 2007
3. Beck, U.: Risikogesellschaft – Auf dem Weg in eine andere Moderne, Suhrkamp, 2007
4. Blanchard, O., Dell' Ariccia, G., Mauro, P.: Rethinking Macroeconomic Policy, International Monetary Fund (IMF), February 2010,
5. Bundesverband für Wirtschaftsförderung und Außenwirtschaft (BWA): Grundlegende Positionen, www.bwa-deutschland.de
6. Ekardt, F.: Wird die Demokratie ungerecht – Politik in Zeiten der Globalisierung. C.H.Beck Verlag, 2007
7. Fischer, E. P., K. Wiegandt (Hrsg.): Die Zukunft der Erde – was verträgt unser Planet noch? Fischer Taschenbuch Verlag, 2006
8. Fischler, F., Ortner, Ch.: Europa – der Staat, den keiner will, Ecowin Verlag der Top Akademie GmbH Salzburg, 2006
9. Frey, A.: Zielerreichung internationaler Verträge – Das Konzept Weltvertrag, Nomos Verlag, 2008
10. Galbraith, J. K.: Die Ökonomie des unschuldigen Betrugs – Vom Realitätsverlust der heutigen Wirtschaft. Siedler Verlag, 2004
11. Glotz, P.: Die beschleunigte Gesellschaft – Kulturkämpfe im digitalen Kapitalismus. Rowohlt Verlag, April 2001
12. Gore, A.: Wege zum Gleichgewicht. Ein Marshallplan für die Erde. Fischer, 1992
13. Gore, A.: Angriff auf die Vernunft. Verlag Riemann, 2007
14. Held, D.: Soziale Demokratie im globalen Zeitalter. Suhrkamp Verlag, 2007
15. Herlyn, E.L.A., F.J. Radermacher: Governance, Demokratie, Zukunftsfragen – Zur Rolle der Millenniumsentwicklungsziele und eines Global Marshall Plan im Kontext der Globalisierung. FAW/n Report, 2007
16. Jarass, L. und G. M. Obermair: Geheimnisse der Unternehmenssteuern, Metropolis Verlag, 2003
17. Jarass, L. und G. M. Obermair: Jeder sollte Steuern zahlen. Ein Beitrag zur Unternehmenssteuerreform 2008. Global Marshall Plan Initiative, Hamburg, 2006
18. Keynes, J. M.: The General of Employment, Interest and Money Employment, Macmillan Cambridge University Press for Royal Economic society in 1936
19. Klein, N.: Die Schock Strategie – Der Aufstieg des Katastrophen-Kapitalismus. S. Fischer Verlag GmbH, 2007
20. Küng, H. (ed.): Globale Unternehmen – globales Ethos. Frankfurter Allgemeine Buch, Frankfurt, 2001

21. Lakoff, G.: Don't Think of an Elephant! Know Your Values and Frame the Debate. The Essential Guide for Progressives. Chelsea Green Publishing, Whit River Junction, Vermont, USA, 2004
22. Moser, A. und J. Riegler: Konfrontation oder Versöhnung? Ökosoziale Politik mit der Weisheit der Natur! Leopold Stocker Verlag, Graz, Stuttgart, 2001
23. Müller, K.: Globalisierung. Campus Verlag, Frankfurt/New York 2002
24. Münchau, W.: Vorbeben. Was die globale Finanzkrise für uns bedeutet und wie wir uns retten können. Carl Hanser Verlag München, 2008
25. Perkins, J.: Bekenntnisse eines Economic Hit Man – Als Schakal unterwegs im Diest der Wirtschaftsmafia. Riemann, 2005
26. Pestel, R./Radermacher, F. J. (2003): Equity, Wealth and Growth: Why unregulated capitalism is wrong, Manuscript to the EU Project TERRA 2000, FAW, Ulm
27. Prahalad, C. K.: Der Reichtum der Dritten Welt. Finanzbuch Verlag, 2006
28. Radermacher, F.J.: New Economy. Börsenrausch und Greencard: Spielt die Welt verrückt oder hat alles seine Logik? in: Wohin geht die Wissensgesellschaft? (R. Rüdell, C. Stadelhofer, eds.), Band 9, S. 80-128, Kleine Verlag, Bielefeld, 2002
29. Radermacher, F. J.: Die neue Zukunftsformel. bild der wissenschaft, Heft 4/2002, S. 78-86, April 2002
30. Radermacher, F. J.: Balance oder Zerstörung: Ökosoziale Marktwirtschaft als Schlüssel zu einer weltweiten nachhaltigen Entwicklung. Ökosozielles Forum Europa (ed.), Wien, 2002, ISBN: 3-7040-1950-X
31. Radermacher, F.J.: Globalisierung gestalten – Die neue zentrale Aufgabe der Politik. Ein BWA-Impulsbuch, S. 15-82, Terra Media Verlag, Berlin, 2006
32. Radermacher, F.J.: Global Marshall Plan / Ein Planetary Contract. Für eine weltweite Ökosoziale Marktwirtschaft. Ökosozielles Forum Europa (ed.), Wien, September 2004, ISBN 3-9501869-2-1
33. Radermacher, F.J., Beyers, B.: Welt mit Zukunft – Überleben im 21. Jahrhundert, Murmann Verlag, Hamburg 2007
34. Radermacher, F. J.: Die Subprime-Krise 2007/2008: Finanztechnische Modellierungsfragen und Grenzen der Modellierbarkeit, Interner FAW/n Bericht, November 2008, aktualisiert März 2009
35. Radermacher, F. J.: Wirtschaft neu denken, erscheint in: Vernunft und Politik im 21. Jahrhundert. Festschrift anlässlich des 75. Geburtstags von Bundespräsident a. D. Prof. Dr. Roman Herzog, 2009
36. Rawls, J.: A Theory of Justice, Oxford University Press, London, 1978
37. Reich, R.: Superkapitalismus – Wie die Wirtschaft unsere Demokratie untergräbt. Campus Verlag Frankfurt/New York, 2008
38. Riegler, J.: Antworten auf die Zukunft, Ökosoziale Marktwirtschaft 1990, Adolf Holzhausens Nfg., Wien, ISBN 3- 900-518-05-X
39. Samuelson, P. A.: „Where Ricardo and Mills rebut and confirm arguments of mainstream economists supporting globalization“, Journal of Economic Perspectives 18, 2004, S. 135 – 146
40. Schmidt, Helmut: Wie entkommen wir der Depressionsfalle? DIE ZEIT Nr. 4, 15. Januar 2009

41. Schumann, H. und Christiane Grefe: Der globale Countdown, Gerechtigkeit oder Selbstzerstörung – Die Zukunft der Globalisierung. Kiepenhauer & Witsch Verlag, 2008
42. Sen, A.: Ökonomie für den Menschen. Wege zu Gerechtigkeit und Solidarität in der Marktwirtschaft. Aus dem Englischen von Christiana Goldmann. Carl Hanser Verlag München Wien, 1999
43. Sen, A.: Adam Smith wäre schockiert, Financial Times Deutschland, 19.03.2009
44. Shiller, R. J.: The Subprime Solution – How Today's Global Financial Crisis Happened, and What to Do about It. Princeton University Press, 2008
45. Solte, D.: Weltfinanzsystem am Limit - Einblicke in den „Heiligen Gral“ der Globalisierung, Terra Media Verlag, 1. Auflage November 2007, 2. Auflage, Februar 2009
46. Solte, D.: Weltfinanzsystem in Balance - Ausgewählte Handlungsoptionen zur Reaktion auf die Krise, Terra Media Verlag, Berlin, April 2009
47. Soros, G.: The new paradigms for financial markets. The credit crisis of 2008 and what it means. Public Affairs, 2008
48. Spiegel, P.: Muhammad Yunus – Banker der Armen, Sein Leben, Seine Vision, Seine Wirkung. Herder Verlag, 2006
49. Steinbrück, P., Steinmeier F.-W.: Die Finanzmärkte grundlegend neu ordnen – Unsere Finanzmarktgrundsätze, Berlin, Februar 2009
50. Stiglitz, J. E.: Die Chancen der Globalisierung. Siedler Verlag, München, 2006
51. Stiglitz, J. E., Charlton A.: Fair Trade – Agenda für einen fairen Welthandel. Murmann Verlag, September 2006
52. Süddeutsche Zeitung Nr. 61, 14./15. März 2009
53. Taleb, N.N.: Der schwarze Schwan. Die Macht höchst unwahrscheinlicher Ereignisse. Hanser, 2008
54. van Putten, M. J. A.: Policing the world – Accountability Mechanisms for Multilateral Financial Institutions and Private Financial Institutions, McGill, June 2006
55. von Weizsäcker, C. F., Picht, G.: Bedingungen des Friedens. Göttingen, 1964
56. Wegelin & Co.: Die Wiedergeburt des Eigentums, Anlagekommentar 259 vom 13. Oktober 2008
57. Wegelin & Co.: Komplexe Lage. Einfache Rezepte?, Anlagekommentar 260 vom 09. Dezember 2008
58. Wegelin & Co.: Ponzi regiert, Anlagekommentar Nr. 261 vom 26. Januar 2009
59. Wegelin & Co.: Die Agenda für die G20, Anlagekommentar Nr. 262 vom 16. März 2009
60. Woltron, K., H. Knopflacher und A. Rosik-Kölbl: Wege in den Postkapitalismus. Edition Selene, Club of Vienna, 2004
61. Yunus, M. Für eine Welt ohne Armut. Bastei Lübbe, 1998
62. Yunus, M.: Grameen – eine Bank für die Armen der Welt. Lübbe, 2001
63. Yunus, M.: Die Armut besiegen. Das Programm des Friedensnobelpreisträgers. Hanser, 2008

ENTWURF

Weitere Informationen unter: www.bwa-deutschland.de, www.faw-neu-ulm.de oder www.globalmarshallplan.org, www.clubofrome.de/schulen, www.connectingyouth.org, www.dekade.org, www.gmp-deutschland.de

Unter der Adresse „globalmarshallplan.org“ kann kostenlos der wöchentliche Newsletter der Global Marshall Plan Initiative abonniert werden. Ferner können dort einschlägige Bücher bestellt werden.